:antifaschistische nachrichten **Nr. 22**

g 3336 1.11.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

SPD-Parteitag fordert Verbot der NPD

HAMBURG. „Gewalt hat bei der NPD Methode“, mit dieser Begründung forderte der SPD-Bundestagsabgeordnete Nils Annen am Freitag auf dem Hamburger SPD-Parteitag, die rechtsextremistische Partei zu verbieten. Annen, der den Leitantrag des Vorstandes begründete, stellte fest, unverhohlen und aggressiv greife die NPD die freiheitlich-demokratische Grundordnung an. Während der Antrag debattiert wurde, beteiligten sich Jusos und Hamburger Sozialdemokraten am Protest gegen einen Aufmarsch von Neonazis vor dem Kongressgebäude.

In dem mit großer Mehrheit angenommenen Antrag wird neben der Forderung nach einem Verbot der NPD auch der Unvereinbarkeitsbeschluss mit rechtsextremistischen Burschenschaften erneuert. Gleichfalls verabschiedete „Leitlinien der SPD zum Umgang mit Rechtsextremismus“ betonen, dass Dauerhaftigkeit statt Strohfeuer-Aktionismus notwendig ist. Auch deshalb sei in den Antrag die Forderung nach einer Bundesstiftung für demokratische Kultur aufgenommen worden, um nachhaltige Programme gegen Rechtsextremismus zu fördern, Vorbeugung kontinuierlich zu betreiben, Demokratie zu fördern und Toleranz und interkulturelle Kompetenzen zu garantieren.

Alle Reden zum Thema betonten, der Antrag beschränke sich nicht auf ein Verbot der NPD, sondern sei langfristig und als umfassender Ansatz über einen längeren Zeitraum entwickelt worden. Außerdem bedeute ein mögliches Verbot der NPD keineswegs, dass Rechtsextremismus dann verschwinde.

Quelle: http://parteitag.spd.de/servlet/PB/menu/1731246/index.html ■

Inhalt:

Erfolgreiche Kundgebung gegen die NPD

Am Nachmittag des 26. Oktober 2007 beteiligten sich über 1.000 Hamburgerinnen und Hamburger an einer Kundgebung des „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ (HBgR) gegen die neofaschistische NPD.



Die Nazipartei nahm den momentan stattfindenden Parteitag der SPD zum Anlass, um gegen das mögliche Verbot ihrer Organisation zu protestieren. Die NPD konnte nur weniger als hundert Neonazis mobilisieren und blieb völlig isoliert von der Bevölkerung. Das Hamburger Bündnis gegen Rechts dagegen konnte ein breites Spektrum von Rednerinnen und Rednern für seine Kundgebung gewinnen. Es sprachen: Wolfgang Kirstein (Hamburger Forum), Wolfgang Rose (verdi), Inka Damerau (SPD), Antje Möller (GAL), Christiane Schneider (Die Linke), Conny Kerth (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes), Felix Krebs (Avanti – Projekt undogmatische Linke) und Olaf Harms (HBgR). In dieser Breite hat schon seit Jahren keine antifaschistische Kundgebung mehr in Hamburg stattgefunden. Vielfach wurde ein gemeinsames Agieren aller Demokraten gegen die NPD angemahnt und ein Verbot der Nazipartei gefordert.

Verschiedene Redner und Rednerinnen sprachen sich darüber hinaus für einen antifaschistischen Wahlkampf gegen die DVU aus, welche zur Bürgerschaftswahl im Februar 2008 kandidiert.

Das HBgR wird seine erfolgreiche Bündnispolitik im Wahlkampf fortsetzen und startet in wenigen Tagen einen „Hamburger Aufruf“ gegen die Kandidatur der DVU.

Für das „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ (HBgR), Jürgen Schmidt ■

Braune Briefmarken

KIEL. Im Jahreskatalog „Lesen & Schenken“ 2008 des Kieler „ARNDT-Buchdienst/Europa-Buchhandlung“ werden frankierte Briefumschläge mit einer Motivreihe „Große deutsche Soldaten“ angeboten. Zu sehen sind die Porträts der Wehrmachts-Generalobersten Eduard Dietl und Heinz Guderian, der Generalfeldmarschalle Erwin Rommel und Erich von Manstein sowie die Jagdflieger und Majore Walter Nowotny und Erich Hartmann. Dank der Deutschen Post dürfen Firmen nun fertige Briefumschläge mit offiziell aufgedruckten Briefmarken selbst gestalten. In der Bewerbung werden „die besten Aussichten auf hohe Wertsteigerung“ versprochen. In dem Katalog beklagt Verleger Dietmar Munier, in den 70er Jahren bei den „Jungen Nationaldemokraten“, eine angebliche „Kriminalisierung der deutschen Vergangenheit“. So gebe es „Sondergesetze gegen freie Geschichtsschreibung“ und ein „Unterlaufen des Zensurverbotes“. In dem 132 Seiten umfassenden Katalog werden neben Büchern, Videos, DVDs und Musik-CDs aus zumeist einschlägig rechten Verlagen auch Reproduktionen von Wehrmachts-Uniformen angeboten. Auch Modellpanzer, das „Milchkännchen Irminsul“, die „Schmucktruhe Thorshammer“, der „Briefbeschwerer Runenstein“ und eine Nachbildung des „Volksempfängers“ fehlen nicht. *hma* ■

„5. Freiheitlicher Kongreß“

RIESA. Zum „5. Freiheitlichen Kongreß“ lädt der Verlag des NPD-Organs „Deutsche Stimme“ ein. Der soll vom 23. bis 25. November unter dem Motto „Deutschland lebt! 1807 – 2007: 200 Jahre Kampf um die Nation“ an einem bislang noch unbekannten Ort stattfinden. Als Redner werden „Nation und Europa“-Mitherausgeber Harald Neubauer, der Geschichtsrevisionist Udo Walendy, der ehemalige Jagdflieger Hajo Herrmann, der Ex-„Republikaner“-Funktionär Björn Clemens, der Publizist und Berater der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, Dr. Olaf Rose, und „Nationalzeitungs“-Autor Gerard Menuhin angekündigt. Das „musikalische Rahmenprogramm“ gestalten die sog. „nationalen Liedermacher“ Frank Rennicke (früher bei der „Wiking-Jugend“) und der NPD-Aktivist Jörg Hähnel. *hma* ■

VDA und VDS kooperieren

BERLIN/WIESBADEN. Der „Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland“ (VDA), der früher unter dem Namen „Verband für das Deutschtum im Ausland“ firmierte, und der „Verein Deutsche Sprache“ (VDS) wollen künftig miteinander kooperieren. Darauf haben sich Vertreter beider Vereine auf einem Treffen verständigt. Es gebe „große Schnittmengen“, so VDA-Chef Hartmut Koschyk. VDS-Vorsitzender Prof. Walter Krämer regte gemeinsame Kulturveranstaltungen „mit den deutschen Volksgruppen im Ausland an“. Wenn es um den Einsatz für die deutsche Sprache gehe, „rennen wir dort offene Türen ein“, so Manfred Schröder vom VDS-Bundesvorstand. Vereinbart wurden neben einer gegenseitigen korporativen Mitgliedschaft beider Vereine auch der regelmäßige Austausch von Beiträgen in beiden Vereinszeitschriften „Globus“ und „Sprachnachrichten“. In einer gemeinsamen Pressemitteilung wurde die „Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz“ gefordert. Die Jahrestagung des VDA zur „Stellung der deutschen Sprache und Kultur in Rumänien nach dem EU-Beitritt des Landes“ soll am 24. November im Gebäude des Hessischen Landtages in Wiesbaden stattfinden („Globus“ 3-2007). *hma* ■

„Pro Köln“ in Gelsenkirchen

GELSENKIRCHEN. Der stellvertretende Landesvorsitzende der extrem rechten „Bürgerbewegung pro NRW“, Kevin Gareth Hauer, will am Sonntag, den 4. November, eine „betont islam- und multikulti-kritische Anhörung“ zur kommunalen Integrationspolitik im Ratssaal der Stadt Gelsenkirchen durchführen.

Als „Experten“ eingeladen hat Stadtrat Hauer, Ex-„Republikaner“, Burschenschafter und zu Beginn des Jahres Interviewpartner des NPD-Organs „Deutsche Stimme“, dazu Rüdiger Schrembs von „Pro München“, der zuletzt noch dem bayrischen NPD-Landesvorstand angehörte, die „Pro Köln“-Fraktionsvorsitzende Judith Wolter und „Pro Köln“-Chef Markus Beisicht. *hma* ■

Herre-Blog in der Kritik

BERGISCH-GLADBACH/GREVENBROICH. Der Betreiber des Internetblogs „Politically Incorrect“ (PI), der in Bergisch-Gladbach lebende Sportlehrer Stefan Herre, hat nach einem Interview in der rechtsliberalen Zeitschrift „eigentümlich frei“ aus Grevenbroich weitere Kritik erfahren.

So seien, so „eigentümlich frei“ (10-2007), auf den Webseiten von „PI“ Muslime als „Ziegenficker“, „Gesindel“ und „Migrationsmüll“ beschimpft worden. „Eine Zeitlang wurden sogar offene Mordwünsche publiziert“, schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“ (4.5.2007). Außerdem sei „mittlerweile dokumentiert, das abweichende Meinungen“ bei „PI“ „hurtig gelöscht werden“, während Passagen wie „Muselmanen sind Mörder! Daher rufe ich dazu auf, das Kriegsbeil gegen Islamer auszugraben. Sprengt ihre Propagandabunker! Rasiert die Bärtigen, indem ihr ihnen die Köpfe abschlagt! Verbrennt ihre Brut! Versklavt ihre Frauen!“ über Monate hinweg stehenbleiben.“ Herres Weblog sei „mittlerweile Teil einer größeren Szene, wo man sich über alles empört, was fremd und scheinbar typisch muslimisch ist“.

„Extrem absurde Behauptungen“ würden von „Islamkritikern“ gerne verbreitet. So habe der Publizist Udo Ulfkotte berichtet, „dass Fundamentalisten die Gipfelkreuze durch Halbmonde ersetzen lassen wollen“. In Wahrheit sei dies eine Aktion der „Wiener Künstlergruppe mit dem bezeichnenden Namen „Haben wir denn keine anderen Sorgen“ gewesen. Von Ulfkottes „Behauptung, Muslime spuckten in Metzgereien aufs Schweinefleisch“ habe der „Deutsche Fleischerverband“ „noch nie etwas gehört“ und verweist darauf, „dass sich zwischen Fleisch und Kunden eine Glasscheibe“ befindet. Dass angeblich in den USA ein Schüler angezeigt worden war, weil er ein Schinkenbrot aß, während Muslime am Tisch saßen, wie von „PI“ gemeldet, entstammte in Wirklichkeit einer Parodie.

Herre, der unlängst noch die Ehrenfelder „Pro Köln“-Funktionärin Marylin Anderegg hochgelobt hatte, wurde kürzlich auch von der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ interviewt. *abk* ■

Nachahmenswert: Ein Brief des Holiday Inn Hotels Dresden

An: „NPD Fraktion im Sächsischen Landtag, Herren H. Apfel und A. Delle, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,

Dresden, 18. Oktober 2007.

Ihre Zimmerreservierung im Holiday Inn Dresden. ...

wir erhielten heute Ihre über www.hotel.de getätigte Reservierung für den 7. November 2007 und sind einigermaßen erstaunt, dass Sie ausgerechnet ein amerikanisches Hotelunternehmen mit ausländisch klingendem Namen bevorzugen.

Da Sie in unserem Hause nicht willkommen sind und ich es auch meinen Mitarbeitern nicht zumuten kann, Sie zu begrüßen und zu bedienen, haben wir hotel.de gebeten, die Buchung zu stornieren. Sollte dies aus vertraglichen Gründen nicht möglich sein, darf ich Sie darauf hinweisen, dass ich sämtliche in unserem Hause durch Sie getätigten Um-

sätze unmittelbar als Spende an die Dresdner Synagoge weiterleiten werde.

Betrachten Sie dies als kleinen Beitrag zur Wiedergutmachung für die Schäden, die Ihre damaligen Gesinnungsgenossen der Synagoge und vor allem ihren früheren Besuchern zugefügt haben.

Eine Kopie dieses Schreibens leiten wir an die Dresdner Presse weiter.

In der Hoffnung, dass Sie eine zu Ihnen passende Unterkunft finden und uns Ihr Besuch erspart bleibt, verbleiben wir mit freundlichen Grüßen ...“ ■

„Zug der Erinnerung“ startet am 8. November in Frankfurt am Main

Am 8. November wird der „Zug der Erinnerung“ in Frankfurt a.M. zur Fahrt durch die Bundesrepublik starten. Der Zug, der von einer Dampflok gezogen wird und aus mehreren Ausstellungswagen besteht, verkehrt auf der Strecke der früheren Deportationen der Reichsbahn.



Dort steuert er die Heimatstädte der über 12.000 Kinder an, die zwischen 1940 und 1944 in die Vernichtungslager verschleppt wurden. Haltestationen nach Frankfurt a.M. sind Bahnhöfe in Darmstadt, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen. Insgesamt wird der „Zug der Erinnerung“ über 3000 Kilometer zurücklegen.

An den früheren Deportationsorten bemühen sich Bürgervereine teilweise seit Monaten um Spurensuche nach den deportierten Kindern und Jugendlichen. Die Opfer stammen aus jüdischen Familien, aus Familien der Sinti und Roma oder sind Kinder von Nazi-Gegnern. Ihre Lebenszeugnisse, Fotos, Archivbelege und mündlichen Berichte wird der Zug am Ende der mehrmonatigen Reise zur Gedenkstätte Auschwitz (Oswiecim) bringen. Der Leidensweg der jugendlichen Opfer ist in der deutschen Öffentlichkeit bisher weitgehend unbeachtet geblieben.

Massendeportationen von Kindern und Jugendlichen fanden auch in den vormals okkupierten europäischen Staaten statt. Darin erinnert die fahrende Ausstellung mit Biografien aus Norwegen, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Italien, Griechenland und Osteuropa. Schätzungen sprechen von bis zu 1,5 Millionen Kindern und Jugendlichen, die nie mehr zurückkehrten.

An den Vorbereitungen der Fahrt durch 7 Bundesländer sind mehrere hundert Freiwillige beteiligt, die mit dem ungewöhnlichen Gedenken auch ein Zeichen gegen Rassenhass, Rechtsextremismus und nationalen Größenwahn setzen wollen. Die erheblichen Kosten der Kampagne, die mit einem bundesweiten Kinotrailer um das Interesse von Jugendlichen wirbt, tragen die Bürgerinitiativen aus eigener Tasche. Sie haben sich mit Bitten um finanzielle Unterstützung u.a. an das Berliner Verkehrsministerium und die Bahn AG gewandt. ■

Termine in Baden-Württemberg: Mannheim 14.-17.11, Karlsruhe 18.-20.11., Ettlingen 21.11., Vaihingen 22.11., Stuttgart 22.-24.11., Tübingen 25.-27.11.

Keine Chance für Nazis in Oberfranken

Am Wochenende 22./23.9. planten Rechtsextremisten gleich mehrere Veranstaltungen in Oberfranken. Der „Landesparteitag“ der NPD sollte am Sonntag, den 23.9.07, in Bamberg stattfinden. Höchstrichterlich wurde den Rechten jedoch untersagt, in der Kongresshalle zu tagen, weil die Stadt Bamberg lange vor dem Termin der Nazis einen Tag der offenen Tür in dem Gebäude plante. Am Samstag wollten die Rechten zudem am Bamberger Gabelmann eine Kundgebung durchführen, auch die wurde abgesagt. Antifaschisten sagen, dass die Nazis wohl kalte Füße bekamen. Es war absehbar, dass höchstens eine Hand voll Rechtsextremer zu der Veranstaltung kommen würde. Ihren Landesparteitag führte die NPD dann am Sonntag in der kleinen oberfränkischen Ortschaft Gremsdorf durch. Aus Gremsdorf wurden während der Nazidiktatur nachweislich 320 Menschen mit Behinderung deportiert und in den Vernichtungslagern oder Versuchsanstalten der Nazis ermordet. In Gremsdorf trafen sich die bayerischen Nazis in der Gaststätte „Göb“. Beinahe 200 Antifaschisten demonstrierten gegen die Anwesenheit der NPD in dem Ort. Redner aus unterschiedlichen Organisationen, wie beispielsweise der israelitischen Kultusgemeinde forderten ein Ende des braunen Terrors in Gremsdorf und betonten, dass die Neonazis in dem Ort keinen Rückhalt haben. Die VVN/BdA Bamberg war vor Ort und sammelte rund 100 Unterschriften zur Forderung, die NPD zu verbieten. Der Bürgermeister von Gremsdorf hat die Aktion der VVN/BdA ebenfalls unterzeichnet.

Bereits am Samstag fand am Gabelmann in Bamberg trotz der Absage durch die NPD eine Kundgebung von DGB, VVN/BdA und anderen Gruppen gegen die Neofaschisten statt. Dabei forderten die Anwesenden dazu auf, gegen den braunen Mob zu kämpfen. Es darf in der Stadt keinen Platz für Nazis geben, hieß es während der Veranstaltung. *nah* ■

Kein Raum für Nazis in Fürth und anderswo!

FÜRTH. Seit einigen Wochen läuft in Fürth eine antifaschistische Kampagne unter dem Motto „Nazitreffpunkte dichtmachen! Kein Raum für Nazis in Fürth und anderswo!“, die vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Nürnberg (AAB) und der Antifaschistischen Linken Fürth (ALF) ins Leben gerufene wurde. Ein Hauptziel der Initiative war die Schließung des wöchentlich stattfindenden NPD Stammtisches in der Kneipe „Grüner Automat“, an dem bis zu 60 Neonazis teilnahmen. Nach dem es in der Vergangenheit nach den Stammtischen öfters zu gewalttätigen Übergriffen auf MigrantInnen und Andersdenkende kam, wurden zum Start der Kampagne mehrere tausend Flugblätter verteilt, auf dem die AnwohnerInnen über die neonazistischen Umtriebe in ihrer Nachbarschaft informiert wurden. Als Reaktion meldete die Kneipen-Besitzerin der Polizei, dass sie die Nazis in Zukunft nicht mehr bewirten werde. Trotz dieses Erfolges werden wir unsere antifaschistische Kampagne fortsetzen und der NPD und deren Strukturen offensiv entgegentreten.

Kundgebung und Demo gegen Nazistrukturen in Fürth!
Demonstration: 3. November, 13 Uhr, Bahnhofsvorplatz, Fürth

Nazi-Treff auf dem Oktoberfest

MÜNCHEN. Das Münchner Oktoberfest dient Rechtsextremen als Treffpunkt. Wie die rechtsextreme „Bürgerinitiative Ausländerstop“, eine Tarnorganisation der NPD, auf ihrer Website berichtet, fand ihre Gründungsversammlung am 30. September im Winzerer Fähndl statt. Ziel der Rechtsextremen ist die Teilnahme an der Kommunalwahl im kommenden März in München. Ihr Vorsitzender und designierter Spitzenkandidat ist der einschlägig bekannte Karl Richter, früher bei den Republikanern zu Hause und jetzt für die NPD-Landtagsfraktion in Sachsen aktiv. Von der Seite geht direkt

⟶

ein Link zur Homepage der bayerischen NPD.

Grünen-Fraktionschef Siegfried Benker hat den Vorgang in einer Anfrage aufgegriffen und will wissen, ob die Stadtverwaltung Kenntnis von dem rechtsextremen Treffen auf dem Oktoberfest hat und ob sie derartiges in Zukunft verhindern will. Siegfried Benker: „Wenn eine offen ausländerfeindliche Organisation mit ihrer Gründung auf dem Oktoberfest – einer offiziellen Veranstaltung der Stadt München – wirbt, droht dies die Reputation nicht nur der Wiesn sondern der ganzen Stadt zu beschädigen.

Schließlich haben wir auf dem Oktoberfest Millionen ausländischer Besucher, die gewiss nicht hergekommen sind, um in Kontakt mit organisierten Neo-Nazis zu treten. Die Stadt sollte zusammen mit Herrn und Frau Pongratz, den Wirten des Winzerer Fähndl, überlegen, wie man gegen diesen Missbrauch des Oktoberfestes als Werbung für NPD-Tarnlisten vorgehen kann.“

Markus Viellvoye, Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste ■

Nazi-Umtriebe gegen die Eberbacher Realschule

HEIDELBERG. Am Montag, 8. Oktober 2007, suchten mehrere Neonazis die Realschule in Eberbach (Odenwald) heim, an der seit Beginn des Schuljahres der Antifaschist Michael Csaszkóczy unterrichtet, der zuvor wegen seiner AIHD-Mitgliedschaft jahrelang mit Berufsverbot belegt worden war. Dabei hatten die „Nationalen Sozialisten“, wie sie sich selbst in Internetveröffentlichungen nennen, die bereits berüchtigte „Schulhof-CD“ sowie Hochglanzbroschüren der sächsischen NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) im Gepäck. Bei dem an die RealschülerInnen verteilten Material handelt es sich um speziell auf Kinder und Jugendliche zugeschnittene Propagandaerzeugnisse, mit denen ihnen die menschenverachtende Ideologie der Neonazis nahe gebracht werden soll.

Die Neueinstellung Michael Csaszkóczys nahmen die Faschisten zum Anlass, um gegen den „liberalen Geist“ an Bildungseinrichtungen, gegen den „linksextremen 68er-Schwachsinn“ und gegen die Vermittlung von „linken Mythen“ an SchülerInnen zu wettern. Damit verbunden waren Drohungen gegen die Schule und die Ankündigung, so lange wiederzukommen, bis sie, so ihre Ankündigung auf diversen Homepages, „ein demokratisches Gegengewicht zu den Ansichten des Antifalehrers“ geschaffen hätten.

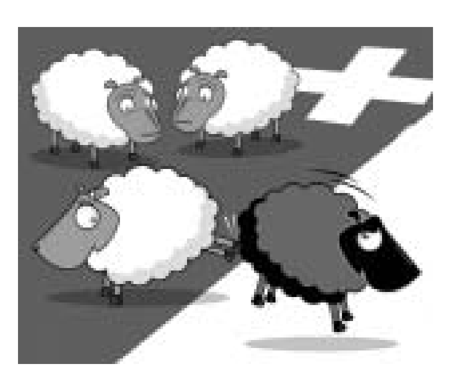
Die hinzukommenden Lehrkräfte, die ihnen Hausverbot erteilten und das Propagandamaterial einsammelten, wurden von den Provokateuren abgefilmt. Mittlerweile ist das Filmmaterial auf verschiedenen einschlägigen Internetseiten zu sehen. Die Eberbacher Polizei zeichnet sich durch offensive Untätigkeit angesichts zunehmender Naziaktivitäten vor Ort aus, wodurch sie den rechten Einschüchterungsversuchen Tür und Tor öffnet.

Bei den beteiligten Neonazis handelte es sich keineswegs um Unbekannte oder die viel zitierten Einzeltäter; vielmehr waren seit vielen Jahren aktive Kader aus der Region darunter, federführend der mehrfach verurteilte Nazi-Schläger und Ludwigshafener NPD-Kreisvorsitzende Christian Hehl, der als Bindeglied zwischen den klandestin agierenden „Freien Kameradschaften“ und der NPD fungiert.

Auch ist Eberbach nicht zum ersten Mal Ziel von faschistischen Umtrieben. Während im Umland bereits seit geraumer Zeit Neonazistrukturen etabliert sind, kam es in der Kleinstadt selbst im Juli 2006 zu einem Aufmarsch, der maßgeblich vom „Aktionsbüro Rhein-Neckar“ initiiert worden war.

Faschistische Aktivitäten lassen sich nicht durch Ignorieren oder Totschweigen bekämpfen. Sie fordern entschlossene Gegenwehr und öffentlichen Widerspruch. Nazistrukturen müssen zerschlagen werden – im Odenwald und überall.

PM 12.10. Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD) ■



Protest gegen rassistische Wahlkampagne der SVP

Am 6. Oktober versammelten sich angeblich rund 10.000 SVP-Anhänger aus der ganzen Schweiz in Bern zu einer zentralen Wahlkampfdemonstration, darunter auch bekannte Nazis. Dagegen wiederum mobilisierte das „Komitee Schwarzes Schaf“, ein breites antirassistisches Bündnis, zu einem „ganz FEST GEGEN RASISSMUS“, an dem über 5000 Menschen teilnahmen. Darüber hinaus fanden in der ganzen Stadt vielfältige weitere Aktionen gegen die rassistische SVP-Politik und ihre aggressiv ausländerfeindliche Wahlkampagne statt, insgesamt, so das Komitee, deutlich mehr als unter den SVP-Losungen. Die SVP konnte ihre Wahlkundgebung nicht durchführen. Schwere Auseinandersetzungen zwischen mehreren hundert Autonomen und der Polizei, die Gummischrot und Tränengas einsetzte, verhinderte ihren Umzug

Zur Anheizung ihres Wahlkampfes hatte die SVP eine Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative „für die Ausschaffung krimineller Ausländer“ (kurz: „Ausschaffungsinitiative“, bei jugendlichen Verurteilten soll gleich die ganze Familie abgeschoben werden) gestartet, für die sie angeblich bisher rund 200.000 Unterschriften gesammelt hat. Dazu hat sie ein Plakat herausgegeben, auf dem ein Migrant als „schwarzes Schaf“ von einem weißen Schaf mit einem kräftigen Tritt hinausbefördert wird (siehe Bild). Außerdem will sie den Bau von Minaretten verbieten und das Antirassismusgesetz abschaffen.

Komitee Schwarzes Schaf, Indymedia Schweiz ■

Inzwischen wurde gewählt: Die SVP legte 2,3 Prozent gegenüber 2003 zu. Damals wurde die Partei von Justizminister Christoph Blocher mit 26,7 Prozent der Stimmen stärkste politische Kraft. Zwar fielen die Zuwächse niedriger aus als von vielen befürchtet, aber mit 29 Prozent der Stimmen bleibt die SV die bestimmende Fraktion in der Regierung.

Neonazis marschieren in Hildesheim

HILDESHEIM/MELLE. Der Hamburger Rechtsextremist Christian Worch und seine Gefolgsleute konnten am 13.10. unter dem Motto „Gegen Mulitkulti und Ausländergewalt“ mit 200 Personen durch Hildesheim demonstrieren. Die NPD bezeichnete dies als Demonstration nationaler Kräfte und als Erfolg. Die Stadtverwaltung wollte einen entsprechenden Beschluss des Verwaltungsgerichts Hannover nicht anfechten, teilte ein Sprecher mit. Die Stadt hatte zuvor ein Versammmlungsverbot erteilt, dagegen hatte Worch Widerspruch eingelegt. Eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sei allein durch die geplante Strecke durch das überwiegend von Ausländern bewohnte Fahrenheitsviertel und das Motto „Gegen Multikulti und Ausländergewalt“ nicht gegeben, begründet das Gericht den Beschluss.

Als Reaktion auf den Gerichtsbeschluss verhängte die Stadt am 11.10. Auflagen. Unter anderem wurde die angemeldete Strecke leicht geändert und das Abspielen von Marschmusik untersagt.

Gegen den Aufmarsch der Neonazis haben unter anderem Gewerkschafter, Kirchen, und Schülergruppen zu einer Demonstration aufgerufen.

Unterdessen hat auf dem Meller Bahnhof für mehrere Stunden die Fahne der NPD gehangen. Am 10.10. vormittags

2. Deutsches Sozialforum in Cottbus

„Die bessere Welt gemeinsam gestalten“

Mit einer eindrucksvollen Abendveranstaltung in der Stadthalle von Cottbus erfolgte am Donnerstag, den 18. Oktober der Startschuss für das 2. Sozialforum in Deutschland. Bis Sonntag, 21. Oktober wurde in über 170 Veranstaltungen beraten, wie Wege in eine „bessere Welt“ aussehen könnten und wie sie gemeinsam zu beschreiten wären.

Außer dem Oberbürgermeister der Stadt Frank Szymanski (SPD) ergriffen Marion Scheier, DGB-Vorsitzende der Region Südbrandenburg, die Schriftstellerin Daniela Dahn, Gerardo Garcia, Vize- Präsident der MAS Boliviens und einer der Gründungsväter des Weltsozialforums, Chico Whitaker aus Brasilien, das Wort.

Marion Scheier betonte, dass es insbesondere um „mehr gelebte Solidarität“ geht. Daniela Dahn spannte einen weiten Bogen vom Scheitern der Weimarer Republik über den „Krieg gegen den Terror“ bis zum „aktuellen Kippen der Demokratie“ im Shareholder-Kapitalismus: „Die offizielle Politik gibt den Löffel ab und die Wirtschaft schwingt ungebremst das Zepter“. Daniela Dahn in Anspielung auf Marx: „Prekarier aller Länder vereinigt Euch.“

„Für eine Politik des Friedens“

Weltweite Aufrüstung, Kriege und Militarisierung im Inneren waren Gegenstand der Debatten am zweiten Tag des Sozialforums in Cottbus. „Gewaltsame neoliberale Globalisierung und Kriege sind zwei Seiten einer Medaille“. Mit starken Worten eröffnete Peter Strutynski vom Bundesausschuss Friedensratschlag die Konferenz „Für eine Politik des Friedens“. Thomas Mann abwandelnd charakterisierte er den „ Krieg gegen den Terror“ als „Grundtorheit des Jahrhunderts“. Auf den in Lissabon von den EU-Granden abgesegneten „Reformvertrag“ eingehend, zitierte er die „Süddeutsche Zeitung“, die für den Vertrag offensive Werbung betreibt, aber der Bevölkerung nahe legt, das Papier gar nicht zu lesen. „Dem europäischen Bürger sei geraten, den sich nun abzeichnenden Reformvertrag nicht in die Hand zu nehmen (sic!), seine Lektüre bereitet selbst Spezialisten große Probleme“.

Die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Inge Höger berichtete von einer Reihe von „breit angelegten“ Beschlüssen des deutschen Parlaments, die es der Regierung erlauben, ohne weitere Mandate Truppenkontingente aufzustocken und auch kampfmäßig einzusetzen. Das liegt auf der Linie, die „Bundeswehr zu einer weltweit aktiven Armee zu machen“.



Der Abgeordnete zum Europaparlament Tobias Pflüger schilderte, wie durch eine Reihe kosmetischer Änderungen – etwa durch alternative Paragrafennummerierung – der alte Verfassungsentwurf in „neuer“ Gestalt eine Resurrektion erlebt.

Er verwies darauf, dass die EU immer stärker als „imperialer Akteur“ auftritt. Im Tschad etwa werde die neokoloniale Politik Frankreichs jetzt unter EU-Flagge fortgesetzt.

Tobias Pflüger machte deutlich, dass sich die Friedensbewegung mit einigen aktuellen Entwicklungen intensiver auseinander setzen muss: „Bei den ‚Auslandseinsätzen‘ spielt die sogenannte ‚zivile‘ Komponente eine immer stärkere Rolle. Viele ‚Polizeiaufgaben‘ sind nichts anderes als klassische militärische Repressionsmaßnahmen“.

Hermann Dworczak ■

---

hatten Passanten die Fahne zum ersten Mal bemerkt, am nächsten Tag war sie jedoch bereits wieder verschwunden.Wer die Fahne auf- und abgehängt hat, wissen weder Polizei noch Stadtverwaltung.

Der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Jürgen Rieger hatte vor einigen Tagen einen Vertrag zum Kauf des Gebäudes für 700 000 Euro unterschrieben. Nach Ansicht der Stadtverwaltung will der Käufer durch den Vertrag mit dem Hamburger Rechtsextremisten die Stadt zwingen, das Gebäude zu einem erhöhten Preis zu erwerben. Der Meller Bürgermeister hatte jedoch gesagt, die Stadt werde sich nicht erpressen lassen. Nach seinen Angaben liegt der Verkehrswert der Immobilie lediglich bei 200000 Euro. Rieger hatte angekündigt, den Bahnhof als Schulungszentrum für Neonazis zu nutzen. *bee* ■

Keine Nazis in unserer Stadt!

DELMENHORST. Das DGB „Forum gegen Rechts“, die medienagentur für menschenrechte (beide Delmenhorst) und die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Nds. Nord haben eine kleine Broschüre und eine 28-minütige DVD herausgegeben, mit denen sie den Kampf der Delmenhorster gegen ein geplantes Nazizentrum in ihrer Stadt dokumentieren. Der Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger hatte Ende Juli 2006 angekündigt, ein 100-Zimmer-Hotel im Zentrum der Stadt kaufen zu wollen, was schließlich durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger – nicht zuletzt auch durch insgesamt 940.000 Euro Spendengelder, die gesammelt wurden, verhindert wurde. Bestellungen über den DGB Delmenhorst bzw. übers **Internet: www.keine-nazi-schule-in-delmenhorst.de** (8 Euro plus Versandkosten) ■

„Antifa-Event statt Nazi-Advent“

BERLIN. Bereits im fünften Jahr in Folge soll am 1.12. ein Nazi-Aufmarsch „Für ein nationales Jugendzentrum“ im Berliner Südosten stattfinden. Der Aufmarsch, der von den sogenannten „Freien Kräften Berlin“ organisiert wird, erhält Unterstützung der Berliner NPD und deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“.

Bereits im letzten Jahr beteiligte sich der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt am Aufmarsch durch die als sogenannte „Angstzonen“ bezeichneten Kieze Johannisthal und Rudow. Für dieses Jahr kündigte die NPD eine bundesweite Mobilisierung an.

Ein antifaschistisches Bündnis wird unter dem Slogan „Antifa-Event statt Nazi-Advent“ alles an eine Verhinderung des Aufmarsches setzen.

Sonderseite für mehr Informationen www.antifa-dezember.de.vu

Antifaschistisches Bündnis Südost ■

Nationales Auktionshaus

Seit dem 5. September gibt es in Saarbrücken ein „nationales Auktionshaus, wo jeder Dinge versteigern oder ersteigern oder auch nur verkaufen und kaufen kann, ganz wie bei Ebay“, informierte der rheinland-pfälzische Landesverband der NPD. Im Angebot finden sich bisher unter anderem eine CD mit dem Titel „Elitesoldaten. Musik der Waffen-SS“ (Untertitel:“ Originallieder der Leibstandarte Adolf Hitler“), die 19-bändige Chronologie „Der große Krieg 1914 – 1919“ und eine DVD mit Leni Riefenstahls Olympiafilm von 1936. Inhaber der Domain www. Nationalversand.de ist der saarländische NPD-Landesvorsitzende Frank Franz.

Unter dem Motto „Dem Wecker auf den Wecker gehen!“ mobilisiert der NPD-Landesverband Rheinland-Pfalz gegen den Auftritt des Liedermachers Konstantin Wecker am 14. Oktober in Zweibrücken im Rahmen des Euroklassik Festivals. Damit setzt sich die Hetze gegen Wecker, die bereits in Halberstadt zu Einschüchterungen geführt hatte (Absage des Konzerts durch den Landkreis) fort.

Newsletter 9/2007 AK Antifaschismus Die Linke ■

StGB soll verschärft werden

Rechtsextremistische Gewalttäter sollen nach Vorstellung von Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern strenger bestraft werden. Dazu brachten die Länder eine Bundesratsinitiative ein. Das StGB soll politische oder rassistische Beweggründe festschreiben, die bei einer Gewalttat als strafverschärfend zu berücksichtigen sind. So soll erreicht werden, dass Gerichte nach Überfallen von Rechtsextremen Gefängnisstatt Bewährungsstrafen verhängen. Der Vorstoß stößt in anderen Bundesländern noch auf ein geteiltes Echo.

Newsletter 9/2007 AK Antifaschismus Die Linke ■

Sachsen-Anhaltische Band erneut bei Gedenkkonzert für „Blood and Honour“-Gründer

BELGIEN. Wie bereits im vergangenen Jahr wird die Blankenburger Rechtsrockband „Eternal Pride“ erneut beim so genannten „Ian Stuart Memorial“ spielen, einem Gedenkkonzert für den Gründer des in Deutschland verbotenen Rechtsrocknetzwerkes „Blood and Honour“. Geplant ist das Konzert für den 27. Oktober im belgischen Flandern. Bereits mehrfach waren „Eternal Pride“ durch internationale Nazi-Kontakte bekannt geworden: so spielte die Band im März letzten Jahres in Belgien (Flandern) beim bereits erwähnten „Blood an Honour“ Konzert, sowie im Juli im bayrischen Wunsiedel. Ein Konzert im sächsischen Delitzsch im Oktober 2006 konnte von der Polizei verhindert werden. Auch im März 2007 traten „Eternal Pride“ mit Nazibands aus England und den Niederlanden in Flandern beim „SS-Gedenktag 2007“ auf, welcher ebenfalls durch das „Blood and Honour“ Netzwerk organisiert wurde.

Schon vergangenes Jahr wiesen wir darauf hin, dass „Eternal Pride“ längst die regionale Bühne verlassen haben. Dies zeigt auch die Entstehungsgeschichte ihrer aktuellen CD: so fuhr die Band extra nach Schweden um ihr erstes Album mit dem gleichnamigen Titel „Eternal Pride“ im Studio der rechten Vikingband „Ultima Thule“ aufzunehmen. Dabei mussten laut eigenen Angaben 5 Titel nach anwaltlicher Beanstandung von der CD gestrichen werden und es wurde ein Gutachten zur CD geschrieben, welches deutlich zeigt, wie knapp die Inhalte noch an der Grenze des Legalen lancieren. Erschienen ist die CD bei dem Label „Barbarossa Records“, für das der Neonazifunktionär Enrico Marx aus Sangerhausen verantwortlich zeichnet. Marx war Anführer der mittlerweile aufgelösten Kameradschaft Ostara Skinheads und ist derzeit Vorsitzender der JN Sangerhausen. Zudem kann er durch den Vertrieb von rechtsradikaler Musik über seinen Versandhandel auch als Sprungbrett vieler Nachwuchsbands zur bundesweiten Szene gewertet werden.

Trotz dieser Verbindungen findet sich im aktuellen Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2006 nicht der geringste Hinweis auf die bundesweiten oder internationalen Aktivitäten der Musikgruppe. „Der geplante dritte Auftritt der Band bei diesen so genannten „Gedenkkonzerten“ zeigt deutlich, dass „Eternal Pride“ mittlerweile zu einer festen Größe im internationalen Spektrum des militanten „Blood and Honour“ Netzwerks geworden ist“, so Thorsten Stein für das Antifa Infoportal in Magdeburg.

Thorsten Stein, Pressesprecher // Antifa Infoportal Magdeburg Web: www.a-i-p.tk ■

Internationale Besetzung des Kuratoriums der Zwangsarbeiterstiftung bleibt

BERLIN. Die Pläne der Regierungskoalition zur Entmachtung des Kuratoriums der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) sind vom Tisch, so die Vertreterin der Linksfraktion im Kuratorium, Ulla Jelpke. Dies sei das Ergebnis einer Sondersitzung des Kuratoriums am Mittwoch im Bundesfinanzministerium. Vertreter der deutschen Wirtschaft sahen die Stiftung nach Abschluss der Zahlungen an die Zwangsarbeiter als „rein deutsche Angelegenheit“. Diesem Ansinnen folgend plante die Bundesregierung eine deutliche Verkleinerung des Gremiums. Damit wäre nicht nur die Bundestagsopposition von der Mitgestaltung der künftigen Arbeit praktisch ausgeschlossen worden, sondern vor allem die ausländischen Partner und die Opferorganisationen unter anderem aus Osteuropa, Israel und den USA.

Proteste gegen die Pläne unter anderem von der Jewish Claims Conferenz, den osteuropäischen Regierungen und sogar der US-Regierung ließen großen außenpolitischen Schaden befürchten. Daher zogen SPD und Union ihre wirtschaftsfreundlichen Pläne zurück.

Die internationalen Kuratoren vertraten zudem einhellig die Auffassung, dass sie mit der Arbeit der derzeit amtierenden Vorstände Dr. Martin Salm und Günther Saathoff vollauf zufrieden seien und auch hier keine Änderung erfolgen solle.

Dank des internationalen Drucks bleibt es nun bei der bewährten Struktur und die Stiftung kann sich voll darauf konzentrieren, zukünftig Projekte der Erinnerung an die Naziverbrechen und der Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen zu fördern.

PM Ulla Jelpke, MdB Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■



ver.di Bundeskongress:

Kampf gegen Rechtsextremismus – ein wichtiges Anliegen der Mitgliedschaft

Wie jeder Gewerkschaftskongress war auch auf dem 2. ordentlichen Bundeskongress der Gewerkschaft ver.di (30.9.-6.10.) viel zu wenig Zeit, um alle Anträge (etwa 1300) zu behandeln. Thematisch bildeten die Anträge zu den Themen Mindestlohn/Zeitarbeit, Hartz IV – zweiter/dritter Arbeitsmarkt, „politischer Streik" sowie Rechtsextremismus Schwerpunkte der Diskussion. Allein zum Thema „Rechtsextremismus" lagen dem Kongress rund zwei Dutzend Anträge vor. Um dem Anliegen gerecht zu werden, erarbeitete der Gewerkschaftsrat – das höchste ehrenamtliche Gremium – einen eigenen umfassenden Antrag, den wir (auszugsweise) dokumentieren. Er wurde mit wenigen Enthaltungen angenommen.

Ein Antrag auf Streichung der Forderung nach Verbot der NPD wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Zur Unterstützung der Verbotsforderung wurde sogar ergänzend ein Antrag zur Unterstützung der Kampagne „NPD-Verbot-jetzt" beschlossen.

Außerdem wurde zur Koordinierung und Unterstützung gewerkschaftlicher Aktivitäten gegen Rechts ein zentraler Arbeitskreis eingerichtet. *har* ■

Aus dem Beschluss des Bundeskongresses: Rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Positionen und Einstellungen bekämpfen!

1. ver.di wendet sich entschieden gegen alle Formen von Rechtsextremismus, Rassismus, rassistischer Diskriminierung, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz.

2. ver.di verurteilt jedes demagogische Verhalten von PolitikerInnen und Parteien, die die berechtigten Ängste der Menschen in Bezug auf wirtschaftliche, soziale und öffentliche Unsicherheit und Globalisierung ausnutzen, um Immigrantinnen/Immigranten, Asylbewerberinnen/Asylbewerber und ethnische Minderheiten als Ursache der Misere verantwortlich zu machen.

3. Angesichts der Tatsache, dass Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund und damit verbundene ausländerfeindliche Haltungen in der Bevölkerung in beunruhigendem Maße zugenommen haben, fordert ver.di die Öffentlichkeit, und insbesondere die Gewerkschaftsmitglieder, dazu auf, aktiv gegen rechtsextreme Aktivitäten und Einstellungen vorzugehen.

4. Diskriminierung wird durch wachsende Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und ansteigende Verarmung verschlimmert. Eine Politik, die sich auf soziale Gerechtigkeit orientiert, kann helfen, die Brutstätten für Rechtsextremismus auszutrocknen.

5. ver.di ruft die Bundesregierung und Landesregierungen sowie die politisch Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden auf:

◗ allen Menschen wirksamen Schutz und Hilfe gegen diskriminierende Handlungen zu garantieren, die auf Hautfarbe, Nationalität, Kultur oder ethnische Abstammung, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, Sprache, Religion/Glaube oder Weltanschauung, Behinderung, Geschlecht oder sexueller Identität gründen und erlittene Schäden auf gerechte Weise wieder gutzumachen;



Stand der Unterschriftensammlung am 28.10.07: 147.381

◗ Diskriminierung am Arbeitsplatz, in der Ausbildung, in den Sozialdiensten und bei der Unterbringung sowie bei der Inanspruchnahme von öffentlichen Dienstleistungen zu verbieten und zu unterbinden;

◗ im Hinblick auf die Bekämpfung von Vorurteilen und Stereotypen, die zu Fremdenfeindlichkeit führt, wirksame Maßnahmen zu ergreifen und hierbei auch die Bereiche Ausbildung, Kultur und Medien einzubeziehen;

◗ rassistische und fremdenfeindliche Propaganda oder Handlungen, die über Literatur, die Medien (Presse/Internet, Radio, Musik, Filme etc.) übertragen oder ausgeführt werden, zu unterbinden und/oder zu verbieten;

◗ die Familienzusammenführung von eingewanderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu erleichtern und sicher zu stellen, dass die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere Frauen, ihre sozialen Rechte kennen und leben können;

◗ das Asylrecht zu garantieren und von kollektiven Abschiebungen abzusehen sowie sicherzustellen, dass niemand in ein Land ausgewiesen, abgeschoben und ausgeliefert wird, in dem die jeweilige Person Opfer von Todesstrafe, Folter, Inhaftierung oder anderen unmenschlichen und entwürdigenden Behandlungen und Bestrafungen werden könnte und dabei insbesondere auf Gewalt zu achten, die Frauen und Kindern zugefügt werden könnte.

ver.di wird auf dieser Grundlage Bildungsangebote entwickeln und anbieten, die den Mitgliedern den Rücken stärken für eine Auseinandersetzung mit rechtsextremen Positionen.

◗ ver.di mischt sich ein und begreift den „Kampf um die Köpfe" in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen, rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Haltungen als eines der wichtigsten und zentralen Ziele in der Bildungsarbeit. Dazu gehört die klare Auseinandersetzung mit neoliberaler Politik und jeder Form – auch von auch unterschwelligem Rechtsextremismus – der „Fremde" zu Sündenböcken stempelt. Dazu gehört es, die Abstiegs- und Existenzängste der Menschen ernst zu nehmen und die Menschen zu Zivilcourage zu ermutigen.

◗ Die Auseinandersetzung darf nicht nur auf die Bildungsarbeit beschränkt bleiben, sondern muss als Aufgabe der gesamten Organisation begriffen werden. Wichtig ist deutlich zu machen, dass ver.di Mitglieder gemeinsame Werte verbinden wie: Solidarität, Kampf für demokratische Rechte, für Arbeitnehmerinnen-/Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, für Gleichheit, für Freiheit; Frieden und soziale Gerechtigkeit über alle Grenzen hinweg.

◗ ver.di sucht, wo immer es möglich ist, Bündnispartner zu finden in dieser Auseinandersetzung, bei anderen Vereinen, Initiativen und Organisationen.

◗ ver.di zieht in der politischen Auseinandersetzung einen scharfen Trennungsstrich zwischen der richtigen Verteidigung sozialer und materieller Mindeststandards gegen Unterbietungskonkurrenz auf der einen und rassistischer Umdeutung dieser Konkurrenz auf der anderen Seite zum Beispiel beim Kampf gegen Auslagerung von Unternehmen in andere Regionen.

ver.di sorgt dafür, dass verstärkt Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund in ehren- und hauptamtliche Funktionen gewählt werden.

6. ver.di ruft alle Gewerkschaftsmitglieder, alle demokratische Parteien und die Öffentlichkeit auf:

◗ den Einfluss rechtsextremistischer Bewegungen, Doktrinen, Medien und Politik zurückzudrängen;



◗ für eine gerechte Behandlung aller Mitglieder und Mitmenschen ungeachtet ihrer Hautfarbe, Nationalität, Sprache, Behinderung, Religion/Glauben oder Weltanschauung, ihres Geschlechtes oder sexueller Identität einzutreten;

◗ Menschen mit Migrationshintergrund und Vertreterinnen/Vertreter ethnischer Minderheiten zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten;

◗ nach dem Motto „Mach meinen Kumpel nicht an" und „Rassismus NEIN" bei allen ihren beruflichen und privaten Tätigkeiten aktiv zu handeln;

◗ auf rechtspopulistisches Gedankengut zur Erlangung politischer Ziele zu verzichten.

◗ ver.di fordert eine breite Bildungsreform, die neben der fachlichen und beruflichen Qualifikation auf eigene Urteilskraft und Kritikfähigkeit der Auszubildenden und Lehrenden setzt sowie ein ausreichendes gebührenfreies Angebot an ganztägiger Einrichtungen von der Kinderkrippe über Kindergärten, Vorschulen, Schulen bis zur Universität, die den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung entspricht: mit kleinen Klassen, mit speziellen Angeboten für Kinder und Jugendliche aus sozialen Brennpunkten und mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit Behinderungen.

◗ ver.di fordert das Verbot der NPD und anderer rechtsextremer Parteien und Organisationen.

■

Breite Mehrheit für NPD-Verbot

Umfrage in Mecklenburg-Vorpommern – Beschluss im Landesparlament

Nach einer jetzt in Schwerin veröffentlichten Umfrage gibt es in der Bevölkerung einer breite Mehrheit für ein NPD-Verbot. Demnach sprachen sich 76 % der WählerInnen für ein NPD-Verbot aus, nur 20 % dagegen. Hierbei gibt es mit 78 % bei den Einwohnern Mecklenburgs und 73 % bei den Einwohnern Vorpommerns kaum regionale Unterschiede.

Deutlicher hingegen fällt der Unterschied aus, wenn eine Differenzierung nach Geschlecht, Alter oder Parteipräferenz vorgenommen wird. So sprechen sich 84 % der Frauen, aber nur 68 % der Männer für ein Verbot aus. Bei den Parteianhängern fällt das Ergebnis folgendermaßen aus: 85 % der SPD-Anhänger sind für ein Verbot, aber auch 77 % der CDU-Anhänger sowie 74 % der Anhänger der Linken oder 69 % der Anhänger der FDP. Letzteres ist vor allem deshalb von Interesse, weil die FDP vor wenigen Tagen gegen einen Landtagsantrag auf Prüfung eines NPD-Verbotsverfahrens gestimmt hat.

Altersspezifische Unterschiede

NPD-Verbotsverfahren: Sind Sie für einen erneuten Verbotsversuch oder sind Sie dagegen?

100
90
80
70
60
50
40
30
20
10
0
18-24 Jahre
25-34 Jahre
35-44 Jahre
45-59 Jahre
über 60 Jahre
Oktober 2007
Angaben in Prozent

Die Umfrage wurde im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion durchgeführt und enthält noch weitere zahlreiche Daten. Sie wird auf der Website www.endstation-rechts.de zum Download angeboten.

Mehrheit des Schweriner Landtages fordert NPD-Verbot

Auf der 27. Landtagssitzung in Schwerin kam es zu deutlichen parlamentarischen Kontroversen rumd um das Thema NPD. Dabei ging es vor allem um einen Antrag der CDU/SPD-Koalition, der auf ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren abzielte (Drs. 5/903).

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Jäger zeigte sich überzeugt, dass die NPD eine gegen die Ziele der Verfassung gerichtete Partei sei und dies auch in „agrressiv-kämpferischer Weise" tue. Weitere Beweiserhebungen seien aus seiner Sicht überflüssig. Es lägen so zahlreiche Äußerungen führender NPD-Funktionäre auch aus dem Landtag vor, dass hieran kein ernsthafter Zweifel bestehen könne. „Es macht mich wütend, dass diese Partei auch noch Geld vom Staat erhält.", begründete der CDU-Fraktionschef seine entschlossene Haltung

Volker Schlotmann (SPD) gilt als eigentlicher politischer Vater des Verbotsantrages. Bereits vor zwei Jahren, als in ganz Deutschland noch große Skepsis herrschte, arbeitete der SPD-Fraktionschef bundesweit für einen neuen Anlauf. Schlotmann machte dabei in seiner Rede darauf aufmerksam, dass im Jahr 2003 keinesfalls eine Mehrheit der Verfassungsrichter für die Einstellung des Verfahrens gestimmt hatte: „Nur drei der acht Richter waren dieser Auffassung, nämlich dass ein Verfahreshindernis vorläge. Drei von acht!", führte Schlotmann in seiner Rede aus. Für ihn sei jedoch besonders erklärungsbedürftig, dass auch jene, die gegen ein Verbot der NPD argumentieren, von ihrer Verfassungsfeindlichkeit überzeugt seien, sie jedoch weiter agieren lassen wollen. Selbstverständlich könne niemand so naiv sein zu glauben, mit einem Verbot wären alle Probleme gelöst, aber ein Verbot hätte den Entzug der Infrastruktur und damit eine organisatorische Schwächung der NPD zur Folge.

Als einzige demokratische Fraktion stimmte die FDP gegen den Antrag auf Prüfung eines neuerlichen Verbotsverfahrens. Ein Verbot sei nicht geeignet das Denken der Rechtsextremen zu verändern, daher sollte sich die Demokratie lieber stark und selbstbewusst auf politischer Ebene mit der NPD auseinander setzen, so Fraktionschef Roolf.

Michael Andrejewski von der NPD sah den Antrag der Koalitionsfraktionen gelassen und sprach von einem „Pfusch gegen Rechts". Richtig führte er aus, dass das NPD-Verbotsverfahren seinerzeit nicht an V-Männern an sich, sondern an der Tatsache scheiterte, dass diese während des Prozesses nicht abgezogen worden waren. Eine Minderheit der Richter sah hierdurch ein faires Verfahren nicht mehr als gesichert an, da die Antragsteller auf diese Weise die Antragsgegnerin hätten über die Prozessstrategie ausspionieren können. Die NPD habe daher vorsorglich längst eine Projektgruppe eingerichtet, die sich mit einem neuen Verbotsverfahren beschäftige: „Wenn sie da drin einen Spitzel haben, kennen Sie die Grundzüge unserer Verteidigungsstrategie bereits jetzt, und das wird Ihnen in Karlsruhe keiner abnehmen, dass Sie im Landesvorstand keinen einzigen Zuträger haben. Die Diskussion, ob Sie Informanten abziehen sollten oder nicht, können Sie sich also sparen, das hätten Sie längst tun müssen.", sagte Andrejewski selbstbewusst.

Trotz der hitzigen Debatte wurde der Antrag der Koalition mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE LINKE bei Gegenstimmen von NPD und FDP angenommen.

Im Laufe des Tages sprach das Präsidium gegenüber der NPD-Fraktion 9 Ordnungsmaßnahmen aus, darunter 7 Ordnungsrufe sowie je ein Ausschluss von der Sitzung sowie ein Entzug des Rederechts. Von insgesamt bisher 63 erteilten Ordnungsrufen entfallen auf die NPD-Landtagsfraktion allein 58.

Quelle: www.endstation-rechts.de ■

Die Komplimente fliegen tief, wenn Rechtsextreme sich streiten. ‚Marine Le Pen: Quelle conne!‘ donnerte Robert Spieler, der Vorsitzende der vom Front National (FN) abgespaltenen Regionalistenbewegung Alsace d'abord oder „Elsass zuerst“, in einem Beitrag für den Blog Novopress, der von Fabrice Robert (Nizza) betrieben wird. Bei letzterem handelt es sich um eine Art Indymedia von rechts, also einen „unabhängigen Nachrichtendienst“ für Neofaschisten, mit (laut Eigenangaben von Fabrice Robert, die eventuell mit Vorsicht zu genießen sind) inzwischen 60 ehrenamtlichen Mitarbeitern und 200.000 Zugriffen pro Monat. Der Vorwurf Robert Spielers lautete übersetzt: „Marine Le Pen, was für eine...“, wobei ‚conne‘ die weibliche Form von Depp oder Trottel bezeichnet. Das Posting ist inzwischen redaktionell gelöscht worden.

Weiße und schwarze Schafe

Was war passiert? Ein Kurzartikel auf der Webpage des konservativen Wochenmagazins ‚Le Point‘ hatte am Abend des 17. Oktober enthüllt, dass Marine Le Pen „den Wahlkampf der schweizerischen UDC kritisiert“. UDC, oder Union démocratique du Centre, ist der – politisch irreführende – Name der Schweizerischen Volkspartei (SVP) des Christoph Blocher in der französischsprachigen Schweiz. Es ging um das berüchtigte Plakat der SVP, das drei weiße Schafe zeigt, die ein viertes schwarzes Schaf von den Umrissen einer eidgenössischen Fahne herunter kicken.

„Niemals“ hätte ihre Partei ein solches Plakat herausgegeben, da es „einen Zusammenhang zwischen Einwanderung und Hautfarbe“ herstelle, monierte Marine Le Pen. Daraufhin tobte der Mob in den einschlägigen Foren im Internet – dort, wo Rechtsradikale unter sich diskutieren, aber auch im Webforum des ‚Point‘. Marine Le Pen gebe den Kampf gegen die „Immigration-Invasion“ auf und strecke die Waffen, wurde suggeriert. Kurz darauf war ihre Partei gezwungen, ein Kommuniqué herauszugeben, das auf die rechtsextremen Kritiker antwortete. Sie habe das Spiel mit den Farben schwarz und weiß kritisiert, weil auch die Antillais (Karibikfranzosen) schwarzer Hautfarbe seien, schrieb Marine Le Pen. Diese aber seien „unsere Landsleute“ und integraler Bestandteil der französischen Nation. Tatsächlich ist der FN aufgrund seiner kolonialistischen Tradition sehr darum bemüht, die letzten „Überseegebiete“ – die Antillen oder Neukaledonien – bei Frankreich zu behalten. Im Falle der Schweiz, die sich selbst mehrheitlich gern als rein weiße Gesellschaft sähe, liegen eben die Voraussetzungen anders als in einer Kolonialnation.

Vorbereitung auf den kommenden Parteitag

Die Episode ist nur ein Glied in der Kette des lang anhaltenden Macht- und Richtungskampfs innerhalb des FN. Auf dem nächsten Kongress der rechtsextremen Partei, am 17. und 18. November 2007 in Bordeaux, will Jean-Marie Le Pen sich zwar noch ein „letztes Mal“ als ihr „Präsident“ bestätigen lassen. Offiziell „für die Periode von 2007 bis 2010“, also bis zum ordnungsgemäßen Termin des übernächsten Parteitags – die Kongresse des FN finden alle drei Jahre statt. Faktisch allerdings vermuten manche Parteifunktionäre, Le Pen wolle seine Tochter schon jetzt für ihre zukünftige Funktion vorbereiten, und sie dann zwischen zwei Kongressen als seine Nachfolgerin ernennen. Schon jetzt unterschreibt Marine Le Pen bereits sehr viele der offiziellen Kommuniqués im Namen der Partei. Ihr Aufstieg geht jedoch nicht reibungslos vonstatten. Während Marine Le Pen als „Modernisiererin“ gilt, die ihre Partei in Wirtschaftskreisen und den bürgerlichen Medien salonfähig machen möchte, suchen altgediente Kämpfer und hochrangige Parteikader ihr den Weg zu versperren. Ihnen zufolge droht eine „Aufweichung der Inhalte“. Ferner hätten sie gern, dass die Regelung der Nachfolge Jean-Marie Le Pens an der Parteispitze über „Verdiente im gemeinsamen Kampf“ und über ein klares ideologisches Bekenntnis, statt über pure familiäre Zugehörigkeit, geregelt wird.

Der bisherige große Rivale Marine Le Pens im Streit um die Nachfolge an der Spitze hat de facto aufgegeben. Eine schwere Herzoperation im August 2007 hat Bruno Gollnisch, derzeit ‚délégué général‘ (Generalbeauftrager) des FN, dazu gezwungen, bei seinen zahlreichen Ämtern und Parteifunktionen kürzer zu stecken. Nunmehr möchte Gollnisch, der im Europaparlament der gemeinsamen Fraktion der rechtsextremen Parteien – „Identität, Souveränität, Tradition (ITS)“ – vorsteht, sich mit einer Vizepräsidentschaft des FN, die ihm eine Zuständigkeit „für internationale Fragen“ einräumt, zufrieden geben.

Neue Herausforderer: Carl Lang und Jean-François Touzé

Inzwischen hat Marine Le Pen aber zwei andere Gegenkandidaten gefunden, die sich „für 2010“ um die Nachfolge des alternden Vorsitzenden bewerben möchten. Innerparteiliche Kritiker des Le Pen-Clans werfen den beiden Gegenkandidaten allerdings vor, nicht schon in diesem Jahr auf dem Kongress offen Jean-Marie Le Pen heraus zu fordern, sondern zuzulassen, dass dieser sich wieder wählen lassen und seiner Tochter Marine offen den Weg an die Spitze bereite.

Carl Lang schart die „alten Kämpfer“ hinter sich und schwingt sich zum Garant für die „Orthodoxie“ der Parteipositionen auf. Lang war von 1999 bis 2005 Generalsekretär des FN gewesen und wurde dann durch Jean Marine Le Pen von seiner Funktion abgelöst, um dem Marine-Vertrauten Louis Aliot einen Platz zu verschaffen. Im Gegensatz zu vielen Altkadern, die im Hinblick auf sozial- und wirtschaftspolitische Fragen ein eher kleinbürgerlich-reaktionäres Profil mit mittelständischer Ausrichtung pflegen, steht Carl Lang allerdings auch für einen Diskurs, der starke Elemente von Sozialdemagogie enthält. Seine Devise diesbezüglich lautet: „Sozial, weil national“. Während Bruno Gollnisch, der ebenfalls eher „orthodoxe“ Parteipositionen zu garantieren suchte, den katholischen Fundamentalisten in der und um die Partei nahe stand, gilt Carl Lang jedoch eher als Repräsentant der Neuheiden.

In jüngerer Zeit kam ein zweiter Gegenkandidat hinzu. Jean-François Touzé ist der Repräsentant der „harten“ Aktivistenfraktion, die erneut eine Partei mit dezidiert ideologischen Zügen und einer manifesten Basisaktivität aufbauen möchte. Nicht zu Unrecht wirft er dem heutigen FN vor, in seiner momentanen Verfassung hauptsächlich noch in den Medien und auf dem Wahlzettel zu existieren – aber nicht wie eine „soziale Bewegung“ aufzutreten, kaum oder keine Stadtteilarbeit zu machen usw. Für dieses Profil macht er unter anderem Marine Le Pen verantwortlich und persönlich haftbar.

Wiedervereinigung der aufgesplitterten extremen Rechten?

Touzé bricht dabei ein Tabu, weil er auch jenes Kader-, Aktivisten- und Intellektuellenpotenzial, das bei der großen Parteispaltung im Winter 1998/99 zusammen mit dem damaligen Chefideologen Bruno Mégret den FN verließ, anvisiert. Touzé strebt tatsächlich eine Art „Wiedervereinigung“ der unterschiedlichen rechtsextremen Strömungen an – und möchte ferner von dem Kaderpotenzial, das sich dereinst rund um Mégret versammelte, retten, was noch zu retten ist. Denn aufgrund des Schiffbruchs, den das Parteigründungsprojekt von Bruno Mégret – der heutige MNR (Mouvement National Républicain) – erlitt, sind viele der beteiligten Aktivisten „verloren gegangen“, haben sich in eigene kleine Clubs oder aber ins Privatleben zurückgezogen. Jean-François Touzé möchte ferner den historischen „politischen Familien“ der extremen Rechten (Monarchisten, „Nationalrevolutionäre“, katholische

Fundamentalisten, Neuheiden, Nacheiferer des historischen Faschismus...), deren ideologische Ausrichtung oft konträr zueinander steht und für Debatten über die „Doktrin“ sorgt, einen offiziellen „Status“ innerhalb der Partei verleihen. Hingegen möchte besonders Marine Le Pen erklärtermaßen ihren Einfluss – der lange Jahre hindurch das Erscheinungsbild des FN prägte – auf ein Mindestmaß beschneiden. Ihr Vertrauter Louis Aliot hat das Ziel ausgegeben, die Parteidoktrin auf einige Kernsätze oder Essentials einzudampfen und nicht länger all diesen historischen Ballast mitzuschleppen.

Der Streit um die grundlegende Ausrichtung der extremen Rechten dürfte also noch keineswegs beendet sein.

Weiteren Schwung erhält diese Richtungsdebatte – de facto – dadurch, dass auch Jean-Marie Le Pen in der Praxis durchaus andere Orientierungen verfolgt oder vorschlägt, als die „Modernisierungs“- oder – wie rechtsextreme Kritiker unken – „Anpassungs“strategie seiner Tochter sie implizieren müsste. So ließ sich Jean-Marie Le Pen am 8. und 9. September zu einem Auftritt bei der „Sommeruniversität“ eines Klüngels um den exlinken Schriftsteller Alain Soral in einer Kleinstadt in der Nähe von Versailles blicken.

„Rot-Braune“, „Modernisierer“ und rassistische Traditionsbewahrer

Der Club unter Anführung des Berufsprovokateurs Soral war im Juni 2007 unter dem Namen Egalité et réconciliation (Gleichheit und Aussöhnung) gegründet worden und verfolgt den Zweck, mit einem „rot-braun“ ausgerichteten Diskurs politische Verwirrung zu stiften und „alle Gegner de Systems, jenseits überholter Kategorien von links und rechts“ zusammenzuführen. Zu den prominentesten Gästen zählten der französische Antisemit schwarzer Hautfarbe Dieudonné M’bala und der Nationalrevolutionär Christian Bouchet. Auch Pierre Guillaume, einer der „Päpste“ der französischen Negationisten – also Holocaustleugner –, ließ sich an jenem Samstag zwischendurch blicken. In seinem Beitrag am folgenden Tag sprach sich Jean-Marie Le Pen für die Aktivität solcher „Denkclubs“ aus, die unabhängig vom „engen Rahmen politischer Rahmen“ agieren könnten und dadurch neue Ansätze entwickelten.

Die politische Konfusionsstiftung eines Alain Soral oder auch des früheren Antirassisten Dieudonné M’bala hatte Marine Le Pen anfänglich unterstützt. In der frühen Wahlkampfphase hatte sie deren Treiben als Beitrag zum politischen und medialen „Entstauben“ des FN betrachtet, der dadurch als weniger rassistisch erscheine, da Alain Soral und Dieudonné – die beiden Männer sind persönlich miteinander befreundet – auch unter „ethnischen Minderheiten“ um Anhänger werben.

Ihr politisches Projekt lautet, die Mehrheitsnation solle auch die dauerhaft in Frankreich lebenden Immigranten in eine „nationale Identität“ einbinden, um einer „Zersetzung“ der Nation durch „globalistische Tendenzen“ Vorschub zu leisten. Der Antisemitismus liefert dabei zumindest einen wichtigen Nenner. Marine Le Pen hat sich später freilich sichtbar von diesem Sammlungsversuch distanziert, da der rohe Antisemitismus mehrerer der Beteiligten – wie Dieudonné - dem Streben um „Salonfähigkeit“ und bürgerliche Reputierlichkeit zuwider läuft.

Die anderen Kandidaten um die Nachfolge Jean-Marie Le Pens – Gollnisch, Lang und Touzé – haben den Flirt mit Soral und Konsorten hingegen von Anfang an als „linke Verwirrung“ und verwerfliche, schwere Kursabweichung kritisiert. Und auch viele der Wähler Le Pens wurden dadurch, im Vorfeld der diesjährigen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, sicherlich desorientiert und verwirrt. Ihre konservativste, bürgerlichste Fraktion wurde auf diesem Wege darin bestärkt, schon im ersten Wahlgang für den bürgerlichen Kandidaten Nicolas Sarkozy – der starke rechtskonservative Elemente in seinen Wahlkampf integriert hatte – zu stimmen.



Am Rednerpult: Robert Spieler, Alsace d’abord. Auf dem Podium v.l.n.r.: Chantal Spieler, Moderatorin der Veranstaltung; Nicolas Bay Generalsekretär des MNR; Fabrice Robert von “Les Identitaires”, aus Nizza; Jean-François Touzé (FN, Hardliner-Gegner von Marine Le Pen); eine Dame, deren Name und Redebeitrag ich eiskalt verpasst habe; Roland Hélie, Direktor des Magazins „Synthèse nationale”, das die Veranstaltung ausgerichtet hat

„Unsere Identität verteidigen“

Jene Opponenten, die sowohl den „Modernisierern“ um Marine Le Pen als auch dem „Linkskurs“ der Rot-Braunen abgeneigt sind und ihnen „National-Kosmopolitismus“ (Fabrice Robert) vorwerfen, sammelten sich wiederum am vergangenen Samstag, den 27. Oktober in einem Saal im 7. Pariser Bezirk; Davor: über 30 Mannschaftswagen der Gendarmerie, drinnen: ein überfüllter Saal, der circa 250 bis 300 Sitzplätze bietet. Unter einem riesigen Transprent mit der Aufschrift ‚Défendre notre identité‘ (Unsere Identität verteidigen) sitzen die Redner.

Die Zeitschrift ‚Synthèse nationale‘ feierte so ihren ersten Geburtstag. Ihr Anliegen besteht darin, unterschiedliche ideologische Strömungen der extremen Rechten – die in den letzten Jahren anfingen, sich vom FN zu entfernen und auseinander zu laufen – erneut zu sammeln. Dazu konnte sie so unterschiedliche Redner gewinnen wie Jean-François Touzé vom FN; Nicolas Bay, den (jungen) Generalsekretär des MNR von Bruno Mégret; den Kopf der katholischen Fundamentalisten Bernard Antony, welcher freilich aus Krankheits(?)gründen entschuldigt blieb, dessen Redebeitrag aber verlesen wurde; den neuheidnischen Rassenideologen Pierre Vial (Lyon/Villeurbanne, ehemals FN und MNR) vom völkischen Zirkel ‚Terre et peuple’, also „Volk und Erde“; oder den rechtsextremen elsässischen Regionalisten Robert Spieler und seine Gattin Chantal Spieler, die den Nachmittag moderierte.

Auch einer der Anführer der Gruppierung Les Identitaires, Fabrice Robert (Nizza), war mit von der Partie, dessen Strömung sich als das Rückgrat der noch nicht durch wahltaktische Anpassung verdorbenen, aktivistischen Basisfaschisten anpries. Robert forderte die Anwesenden dazu auf, sich der „lokalen Verwurzelung“ der rechtsextremen Bewegung durch örtliche Aktivitäten und Betätigung im Vereins- und Bürgerinitiativwesen zu widmen. Die Zeit des hauptsächlich auf Wahlen ausgerichteten und zudem auf einen Mann orientierten Cäsarismus sei vorüber, bemerkte Fabrice Robert. Dieser Positionierung stimmten die meisten Anwesenden mit Blick auf Jean-Marie Le Pen zu.

In diesem Saal hatten Marine Le Pen und die sie umgebenden „Modernisierer“ keinen guten Ruf. Vielmehr erschienen sie als Verräter, die den Kampf gegen die „Immigration-Invasion“ und gegen die „Islamisierung Frankreichs“ längst aufgegeben hätten. In einem extra aus diesem Anlass erschienenen Sonderheft von ‚Synthèse nationale’, das für den stolzen Preis von 15 Euro vertickt wurde und unter der Überschrift „Untersuchung über unsere Identität“ steht, nehmen zahlreiche Kader aus unterschiedlichen Strömungen der extremen Rechten zu diesem ideologischen Zentralproblem Stellung. Bernard Antony schreibt etwa, der FN hätte bei den Wahlen im April und Juni 2007 deswegen so schlecht abgeschnitten, weil Le Pen sich bei seinen Auftritten in Valmy (im September 2006, wo er sich erstmals symbolisch positiv zur Französischen Revolution von 1789 ff bekannte) und in Argentueil (Anfang April 2007, wo er unter dem Einfluss von Alain Soral und Co. um die Wähler/innen der Pariser Banlieue und auch um die Franzosen migrantischer Herkunft warb) „seine klare Doktrin zur Identität aufgegeben“ und sich um ein „republikanisches“ Profil bemüht habe.

Bernhard Schmid, Paris ■

Ein Jahr Härtefallkommission: Kein Korrektiv für eine harte Politik gegen Flüchtlinge

NIEDERSACHSEN. Zum Tag des Flüchtlings und anlässlich des einjährigen Bestehens der Härtefallkommission hat der Flüchtlingsrat Niedersachsen Bilanz gezogen über den Umgang des Landes Niedersachsen mit Härtefällen. Das Fazit: Der Vorsitzende und die meisten Mitglieder der Kommission bemühen sich redlich um Einzelfallgerechtigkeit. Die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Härtefallkommission sind jedoch so restriktiv gefasst, dass kaum ein Flüchtling Chancen hat, als Härtefall anerkannt zu werden. Die Härtefallkommission erweist sich im Ergebnis als ein wenig wirksames Korrektiv für eine Politik der Härte gegenüber Flüchtlingen in Niedersachsen.

Seit ihrem Bestehen hat die Kommission nur über neun Anträge entschieden, von denen lediglich in fünf Fällen eine besondere Härte und somit ein Aufenthaltstitel zugebilligt wurde. Ein Grund für die geringe Zahl der geprüften Anträge ist in der Tatsache zu sehen, dass von den acht Mitgliedern der Härtefallkommission sechs Mitglieder zustimmen müssen. Keine andere Härtefallkommission im Bundesgebiet sieht eine derart hohe Zustimmungsquote vor. Eine Reihe von Sitzungsterminen der HFK ist schlicht deshalb ausgefallen, weil nicht mindestens sechs Kommissionsmitglieder den Termin wahrnehmen konnten.

Ein Problem stellt auch der lange Antragsweg vom ersten Kontakt zu einem Kommissionsmitglied bis zur offiziellen Eingabe in die Kommission dar: Zuweilen vergeht dabei so viel Zeit, dass die Ausländerbehörde in der Zwischenzeit bereits die Abschiebung eingeleitet hat.

Die Hauptursachen für die geringen Anerkennungszahlen sind jedoch rigorose Ausschlusskriterien, die dazu führen, dass die Anträge von vielen Flüchtlingen von vornherein nicht zugelassen werden.

Beispiele:

- Ein seit 22 Jahren in Deutschland lebender Flüchtling, der gemeinsam mit einem Schlachtergesellen fachkundig und unter Einhaltung der Tierschutzbestimmungen Schafe geschlachtet hat, erhielt einen Strafbefehl über 100 Tagessätze á 20 Euro, weil er in Unkenntnis des Fleischhygienegesetzes keinen Veterinär hinzugezogen hatte. Diese Strafe verhindert nicht nur eine Einbeziehung in die Bleiberechtsregelung, sondern auch eine Anerkennung als Härtefall: Ein Antrag wird gar nicht angenommen, wenn eine Verurteilung zu einer Geldstrafe von mindestens 90 Tagessätzen vorliegt.
- Zwei junge, gerade volljährig gewordene, geduldete Roma-Flüchtlinge sollten mit einem Passersatzpapier nach Serbien abgeschoben werden, obwohl die Eltern und minderjährigen Geschwister ein Bleiberecht erhalten hatten. Die ganze Familie ist staatenlos, was auch von den deutschen Behörden anerkannt wird. In Serbien hätten die jungen Männer ohne einen Pass weder Anspruch auf Arbeit noch Anspruch auf eine Sozialversorgung. Ein Härtefallantrag konnte jedoch nicht gestellt werden, weil die jungen Männer aus Angst zwischenzeitlich untergetaucht waren.

Die geringe Zahl der Härtefälle wird von Seiten des Innenministeriums vor allem mit dem Vorrang der allgemeinen Bleiberechtsregelung begründet. Aber auch dieser Weg führte nur selten zum Erfolg: Am 30.06.07 hatten von den 20.176 geduldeten Personen in Niedersachsen 6048 einen Antrag nach der Bleiberechtsregelung gestellt, aber nur 1.599 erhielten eine Aufenthaltserlaubnis. Ein großer Teil der langjährig geduldeten Flüchtlingen scheitert an Ausschlussgründen. Wenn nun die niedersächsische Härtefallverordnung nahezu die gleichen Ausschlussgründe für die Prüfung und Feststellung eines Härtefalls vorsieht, fallen viele tatsächliche Härtefälle durchs Raster ... Wir fordern daher die Streichung aller formalen Ausschlussgründe, die Gewährleistung einer schnellen Befassung mit Härtefallbegehren – zum Beispiel über einen Vorprüfungsausschuss – und eine Feststellung von Härtefällen durch einfache Mehrheit der Mitglieder.

gez. Norbert Grehl-Schmitt, Vorsitzender, Quelle: Presseerklärung des Flüchtlingsrats Niedersachsen vom 28.9.2007 zum „Tag des Flüchtlings 2007“ ■

Sparkasse unterstützt antirassistische Aktion

„Kein Platz für Rassismus!“ – das nehmen das Frankfurter Fußball-Magazin Zico, die Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Rundschau wörtlich und schenken jedem Sportplatz in der Region ein Schild mit dieser Botschaft.

Als deutliches sichtbares Zeichen der Vereine und Fußballer werden diese öffentlich angebracht. Prominente Profis wie Michael Thurk, Ioannis Amanatidis, Benjamin Köhler und Jermaine Jones, für den es mittlerweile zu viele fremdenfeindliche und rassistische Zwischenfälle im Fußball gibt, „als dass man jetzt noch schweigen kann“, unterstützen die Aktion.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Oktober 2007“ ■

Keine Ratifizierung des Zusatzes zur Menschenrechtskonvention

BERLIN. Die Bundesregierung plant derzeit nicht, das 12. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention zu ratifizieren. Es sieht ein umfassendes Verbot von Diskriminierung vor. Wie sich aus der Antwort auf eine Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (BT-Drucksache 16/6314) ergibt, ist die Regierung der Auffassung, dass „eine Ratifizierung keine unmittelbaren Folgen für die deutsche Rechtsordnung auslösen würde“. Bereits jetzt sei Diskriminierung umfassend durch Artikel 3 des Grundgesetzes verboten. An diesen Artikel seien Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung unmittelbar gebunden. Der wirkliche Grund für die Unlust der Bundesregierung, das 12. Zusatzprotokoll zur EMRK zu unterschreiben ergibt sich aus der Antwort auf Frage 19: „Artikel 1 des 12. Zusatzprotokolls sieht vor, dass alle gesetzlich niedergelegten Rechte jedermann ohne Diskriminierung wegen der nationalen Herkunft zu gewähren sind. Diese Formulierung könnte dahingehend ausgelegt werden, dass Differenzierungen nach der Staatsangehörigkeit, die in Deutschland verfassungskonform sowohl im Sozial- und Arbeitsgenehmigungsrecht als auch im Ausländer- und Asylrecht vorgenommen werden, nicht mehr zulässig wären.“ Die Bundesregierung meine zwar, dass die genannten Differenzierungen mit dem Zusatzprotokoll vereinbar seien. Es gebe aber bisher noch keinerlei Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu diesen Bestimmungen. Deshalb könne eine andere Auslegungspraxis nicht ausgeschlossen werden.

Quelle: proasyl-newsletter Nov. 2007 ■

Sprachanalysen in Asylverfahren sollen gesteigert werden

Trotz zurückgegangener Asylneuantragstellerzahlen will das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Zahl der sogenannten Sprachanalysen in Asylverfahren steigern. Mit Sprachanalysen sollen die vermutlichen Herkunftsländer / Staatsangehörigkeiten von Asylsuchenden in Zweifelsfällen bestimmt werden. Tauglich ist die Methode eher zum Ausschluss bestimmter behaupteter Herkunftsländer, nicht aber zur positiven Bestimmung des Herkunftsstaates. Nach Angaben des Bundesministeriums des Innern in einer Sachinformation für den Haushaltsexperten der Partei Die Linke, MdB Claus, wird angekündigt, es sei eine Steigerung der Fallzahlen von ca. 15% pro Jahr vorgesehen. Für das Jahr 2008 seien rund 800 Analysen in Asylverfahren geplant. Multipliziert mit 360 Euro, die die Gutachten im Einzelfall kosten, ergeben sich 288.000 Euro als Haushaltsbedarf. Weitere 55.000 Euro stehen im Haushaltsplanentwurf für die Einholung von Gutachten, darunter amtsärztliche Gutachten im Inland wegen zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse. Aufgrund der mündlichen Verhandlung beim Bundesverwaltungsgericht am 11. September 2007 sei mit erhöhtem Bedarf

an Gutachterkosten im Hinblick auf Sachverhaltsaufklärung bezüglich krankheitsbedingter Abschiebungsverbote nach § 60 VII Satz 1 zu rechnen. Weitere Gutachtenbereiche betreffen vertrauensärztliche Gutachten, die über deutsche Auslandsvertretungen in der Regel zu der Frage eingeholt werden, ob ein bestimmtes Krankheitsbild im Herkunftsland behandelbar ist, was im Jahr 2006 in 56 Fällen geschah. Im Jahr 2006 wurden darüber hinaus in 88 Fällen von den deutschen Auslandsvertretungen Vertrauensanwälte mit Recherchen betraut, was knapp 20.000 Euro an Kosten mit sich brachte.

Quelle: proasyl-newsletter 2007 ■

Zuwanderung als Gewinn: Studie des TUC räumt mit einigen Mutmaßungen in Großbritannien auf

GROSSBRITANNIEN. Der britische Gewerkschaftsdachverband Trades Union Congress (TUC) hat Ende Juni eine Literaturstudie über die Auswirkungen von Migration auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Großbritannien veröffentlicht (the economics of migration – managing the impcats). Das zentrale Ergebnis: „In diesem Land ist die Wirkung von Zuwanderung insgesamt begrenzt aber positiv. Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen mehr Steuern als sie an Leistungen erhalten und Migration führt wahrscheinlich zu einem leicht höheren Beschäftigungs- und Einkommensniveau für einheimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“

Die Untersuchung geht fünf Fragen nach, die in der Debatte in Großbritannien (und nicht nur da) immer wieder auftauchen: „Hat Migration zu Arbeitslosigkeit geführt? Hat Migration die Einkommen gesenkt? Bürdet Migration den Steuerzahlern Kosten auf? Schadet Migration den Entwicklungsländern? Ist Migration für die Migranten von Nachteil?“ Alles in allem muss jede dieser Fragen verneint werden. Allerdings ist es notwendig im Einzelnen zu differenzieren. Ein Beispiel: Einkommensentwicklung. Unter Verweis auf eine Studie der Universität Nottingham heißt es, dass der Anstieg der Zahl von ungelernten Zuwanderern die Einkommen der ungelernten einheimischen Arbeitnehmer drückt. Quantitativ fällt das aber kaum ins Gewicht. Ein Einfluss von Migration auf die Einkommenssituation gelernter Beschäftigter ist nicht festzustellen.

Die Tatsache, dass amerikanische Studien für den US-Arbeitsmarkt zum Teil zu anderen Ergebnissen kommen, wird in der Untersuchung unter anderem darauf zurückgeführt, dass der amerikanische Mindestlohn rasant an Kaufkraft verloren hat – seit 1979 rund 30 Prozent. Unter diesen Umständen konnten Zuwanderer die Einkommen von Niedriglohnempfängern drücken bzw. unten halten.

Eine andere Studie aus den USA dokumentiert eine bemerkenswerte Entwicklung. Als in den 1980er-Jahren Kuba kurzfristig eine unbehinderte Ausreise zuließ (Mariel-Exedus), wuchs die Bevölkerung von Miami in einem Jahr um sieben Prozent. Die kubanischen Zuwanderer verdienten weniger als die Einheimischen und verzeichneten höhere Arbeitslosenquoten. Einkommen und Arbeitslosigkeit von ungelernten amerikanischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – egal ob schwarz oder weiß – blieben davon unberührt.

Schwieriger ist aus Sicht der TUC-Studie die Einschätzung, wie Migranten ohne Papiere die Einkommenssituation beeinflussen. „Es scheint sehr unwahrscheinlich, dass das keinen Einfluss auf das Lohnniveau hat – zumindest am unteren Ende des Arbeitsmarktes.“

Aus Sicht des TUC ist der nationale Mindestlohn ein wichtiges Instrument im Niedriglohnbereich, Lohndumping mit den entsprechenden Folgen für den Arbeitsmarkt zu verhindern. Lohndumping hat aber nicht mit Zuwanderern zu tun, sondern mit skrupellosen Arbeitgebern, die „schlecht informierte und schlecht organisierte Arbeitnehmer“ ausbeuten. Daraus ergibt sich unmittelbar die Aufgabe der Gewerkschaften in diesem Zusammenhang: informieren und organisieren.

Insgesamt – auch unter Einbeziehung der anderen oben genannten Fragestellungen – kommt die Studie zu dem Schluss, dass Zuwanderung für Großbritannien ein Gewinn ist.

Quelle: Publikation „Forum Migration Oktober 2007“ ■

Wieder Abschiebungen in den Irak

Die kurdisch-irakische Fluggesellschaft Zagros-Air hat angekündigt, wieder für Abschiebungen von Flüchtlingen in den Irak zur Verfügung zu stehen, so die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion Ulla Jelpke. Nächsten Monat finde die erste Abschiebung mit einem Charterflieger der Linie Zagros-Air statt.

Erst vor wenigen Wochen hatte die kurdisch-irakische Fluggesellschaft Zagros-Air nach einer Kampagne von Flüchtlingshilfsorganisationen und antirassistischen Gruppen versprochen, für Abschiebungen künftig nicht mehr zur Verfügung zu stehen (wir berichteten). Da Zagros-Air als einzige Fluggesellschaft Direktflüge von Deutschland in die autonome Region Kurdistan im Nordirak anbietet, mussten die deutschen Ausländerbehörden die Abschiebungen daraufhin aussetzen.

Abschiebungen in den Irak – auch in die kurdische Region – sind menschenverachtend und unverantwortlich. Gerade hat das türkische Parlament für einen Einmarsch der türkischen Armee in den Nordirak gestimmt. Ein Krieg scheint kurz bevorzustehen. Die Menschenrechtsorganisation amnesty international beklagt auch im Gebiet der kurdischen Regionalregierung Menschenrechtsverletzungen wie Folter von Gefangenen. Dazu kommt die hoffnungslose soziale Lage für abgeschobene Flüchtlinge. In mehreren kurdischen und irakischen Städten brach kürzlich sogar die Cholera aus. Ulla Jelpke: „Ich appelliere an die Verantwortlichen von Zagros-Air, dem Druck deutscher Behörden oder der kurdischen Regionalregierung nicht nachzugeben und sich nicht für die Abschiebung der eigenen Landsleute zur Verfügung zu stellen. Die deutschen Ausländerbehörden müssen endlich die Realitäten anerkennen und Flüchtlingen aus dem Irak ein dauerhaftes Bleiberecht gewähren.“

Ulla Jelpke, MdB Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■

Übergriffe bei Ausweiskontrollen

ALMERIA. Während der letzten Monate häuften sich in der Provinz Almería die Anzeigen polizeilicher Übergriffe auf ImmigrantInnen. Ein jüngstes Info der LandarbeiterInnengewerkschaft SOC berichtet, dass die Polizeikräfte zudem dabei auch Diebstähle begangen haben.

Allein im Verlauf der vergangenen zwei Monate sind hunderte Anklagen von ImmigrantInnen über polizeiliche Misshandlungen und Missbräuchlichkeiten bei der SOC eingegangen, die unter dem Schutz vermeintlicher Routinekontrollen von Papieren stattgefunden haben.

Die meisten dieser Taten haben in prekären Wohnungen stattgefunden; zwei in den als ‚Casas Viejas‘ bekannten Ruinen von San Isidro, in Níjar, die jeweils zwischen 20 und 40 Personen beherbergen. Die Ruinen werden von den ImmigrantInnen als Übergangslösung genutzt, bis sie eine feste Unterkunft auf den Finkas der Unternehmer oder eine Mietwohnung gefunden haben. Ein Teil der BewohnerInnen gehört zu den sin papeles, d.h. hat keine Papiere oder befindet sich bezüglich des Status noch im Prüfungsverfahren. Alle arbeiten als TagelöhnerInnnen in der Landwirtschaft.

Laut den von der SOC dokumentierten Aussagen, haben zwei junge Guardia Civil-Beamte in diesem Kontext dort „in gewaltsamer, missbräuchlicher und unverhältmäßiger Weise“ Ausweiskontrollen vorgenommen. Dabei legten sie Immigranten ohne erkenntlichen Grund Handschellen an oder warfen unter Drohungen ihnen vorgelegte Dokumente auf den Boden. Die Guardias schossen in die Luft und veranlassten mit dieser Einschüchterung, dass die Immigranten losliefen, um sich in den Bergen in Sicherheit zu bringen. Dabei lachten die Beamten und riefen Beleidigungen hinter den Fliehenden her.

Es gibt auch Fälle, bei denen die Polizisten Fliehende gefesselt haben.

Ein brutales Beispiel dieses Vorgehens hat sich am 4. September ereignet, als die Guardia Civil am Nachmittag per Auto an den ‚Casas Viejas' erschienen war und das Vorzeigen der Dokumente verlangt hatte. Die Bewohner mussten alle Papiere, einschließlich ihres Geldes, in Plastiktüten stecken und den Beamten aushändigen. Die Guardias fuhren damit weg, um kurz darauf wiederzukommen und die Plastiktüten aus dem Wagenfenster zu werfen..., allerdings ohne das darin gewesene Geld. Als daraufhin zwei marokkanische Arbeiter, die eine Aufenthaltsgenehmigung besitzen, versucht hatten mit den Beamten zu reden und das Geld zurückzuverlangen, waren diese ausgestiegen und hatten mit ihren Schlagstöcken losgeprügelt. Doch damit nicht genug, die beiden Marokkaner wurden auch noch unter der Anschuldigung Widerstand gegen die Staatsgewalt und verübter Körperverletzung festgenommen. Als am folgenden Tag ein weiterer Immigrant auf dem Revier der Guardia Civil die Zurückgabe des Geldes forderte, wurde er ebenfalls verhaftet und beschuldigt, an der „Aggression in ‚Casas Viejas' Teil genommen zu haben".

Die Verhafteten erstatteten eine Anzeige wegen Diebstahls gegen die Guardias Civiles, die jedoch bislang noch kein Resultat erzielt hat.

Ende September hatte es eine Verhandlung am Gericht in Almería gegeben, bei der 15 Personen verschiedener sozialer Organisationen der Provinz anwesend waren, um ihre Solidarität mit den migrantischen Arbeitern zu demonstrieren. Laut Federico Pacheco vom Provinzkomitee der SOC, „identifizierte einer von ihnen, den Blonden der oben genannten Beamten als Mitglied des Fanclubs des Fußballteams von Almería. Bereits zuvor hat es Anklagen über Neonazis bei der Guardia Civil gegeben. Dadurch erklärt sich die Vorgehensweise ein wenig".

Inzwischen gibt es die Nachricht, dass die Verhafteten, die der Aggression gegen die Guardia Civil beschuldigt worden waren, freigesprochen worden sind.

Die Widersprüche der Polizei haben gezeigt, dass alles eine Konstruktion gewesen ist, um den Diebstahl zu vertuschen. Die SOC bereitet einen Bericht über alle polizeilichen Missbräuchlichkeiten in der Region von Nijar vor, der dem Regierungsdelegierten und Subdelegierten in Andalusien und Almería sowie dem Ombudsmann des andalusischen Volkes übergeben werden wird. Die SOC ruft alle ausländischen ArbeiterInnen dazu auf, diese Missbräuchlichkeiten anzuzeigen.

SOC-Almería www.soc-almeria.org (http://diagonalperiodico.net/ article4655.html) Quelle: indymedia ■

„Mit den Entrechteten" in der spanischen Enklave Melilla

Spanien. Seit einer Woche bin ich in der spanischen Enklave Melilla, um ein dreimonatiges Praktikum bei der Kinder- und Menschenrechtsorganisation PRODEIN zu machen. Ich erfahre, was Polizei- und Militärpräsenz ist; was es heißt, in einer Stadt zu leben, die durch einen Grenzwall von Marokko, und damit vom afrikanischen Kontinent getrennt ist; was es heißt, eingekesselt von einem Grenzwall zu leben, an dem es schon unzählige Tote und Verletzte gegeben hat und täglich gibt; was es heißt, in einer Stadt am Meer zu leben, dass Tote in sich birgt, die versucht haben, Melilla schwimmend zu erreichen; was es heißt, in einer Stadt zu leben, in der Menschen erniedrigt und entrechtet werden. Die Gewalt und die Machenschaften, die von dieser Grenze und damit mit dem Versuch, Europa von Afrika abzuschotten, ausgehen, werden mir in allen Ausmaßen wohl verborgen bleiben, aber schon jetzt erfahre ich, dass sie die Menschenrechte außer Kraft setzt; dass sie Recht und Gesetz außer Kraft setzt; dass sie Korruption hervorruft, dass sie Menschen entwürdigt.



In Madrid wurde jetzt ein Viertel abgerissen, in dem 30000 Menschen, meist marokkanische Einwanderer, leben. Der Text auf dem Plakat im Hintergrund: „Keine Vertreibungen mehr, ihr Rassisten". Quelle: Kölner Stadt-Anzeiger, 20.10.07

Die Menschen, die den Sitz der Organisation PRODEIN aufsuchen sind erniedrigt durch das, was sie erlebt haben, durch das, was ihnen widerfahren ist und was sie täglich erleben.

Es kommen Mütter mit ihren Kindern, die nicht zur Schule gehen dürfen, weil sie keine spanische Aufenthaltsgenehmigung haben. Es sind Kinder, die zum Teil hier in der unabhängigen Stadt Melilla geboren sind, Kinder die seit Jahren hier leben, dessen Sprache spanisch und dessen Zuhause Melilla ist. Nach spanischem Recht haben alle Minderjährigen, egal welcher Nationalität und welchem Aufenthaltsstatus ein Anrecht auf einen Schulplatz, doch hier in Melilla herrschen scheinbar andere Gesetze. Das, was Ihnen laut spanischem Gesetz und außerdem laut der von Spanien unterzeichneten internationalen Kinderrechtskonvention zusteht, wird ihnen hier verweigert.

Jugendliche, die jahrelang unter der Vormundschaft der Stadt standen, die als unbegleitete Kinderflüchtlinge in die Stadt gekommen sind und seitdem in Aufnahmeeinrichtungen des Staates leben und hier zur Schule gehen, werden mit Vollendung der Volljährigkeit der Straße überlassen.

Mit Vollendung der Volljährigkeit werden sie ohne ein einziges Papier, dass ihnen die Dauer des Aufenthaltes, den Besuch der Schule oder die Teilnahme an Berufskursen oder Praktika bestätigt, ohne ihre Aufenthaltserlaubnis, aus der Einrichtung entlassen. Ohne eines dieser Papiere wird ihnen die Erneuerung der Aufenthaltserlaubnis verweigert. Ohne diese Papiere können sie weder eine legale Arbeitsstelle finden, noch eine Wohnung. Sie finden sich rechtlos auf der Straße wieder und laufen Gefahr, illegaler weise nach Marokko ausgewiesen zu werden. In dieser Situation befinden sich zurzeit etwa 26 Jugendliche, weitere in den verschiedenen Aufnahmeeinrichtungen für Minderjährige, die das 18. Lebensjahr alsbald vollenden werden. Um diese illegalen Praktiken des Staates, die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung in Zusammenarbeit von Jugend- und Sozialamt und der Ausländerbehörde zu verhindern, öffentlich zu denunzieren, haben sich einige der Jugendliche mit Mitgliedern und Anhängern der Organisation PRODEIN am 25.9.2007 vor dem Sozial- und Jugendamt versammelt. Damit der Protest nicht von den Jugendlichen, die noch in den Einrichtungen leben unterstützt werden konnte, wurde den Minderjährigen der Einrichtung „La Purisima Concepción" der Ausgang verwehrt und sie wurden in ihren Zimmern eingeschlossen.

Das heißt, dass ihnen das Versammlungsrecht, sowie die Teilnahme am Schulunterricht oder an ihren Berufskursen versagt worden ist. Mit diesen konkreten Ereignissen kann ich nur einige Themen nennen und anreißen, und aufzeigen mit welchem Unrecht die Menschen in dieser Grenzstadt täglich konfrontiert sind.

Es bedarf internationalen Widerstands gegen diese Vorgehensweisen, damit sie unterbunden werden und die Rechte, die diesen Menschen zustehen, gewahrt werden.

Linda Ebbers; Melilla den 26.09.2007 Quelle: flucht@nds-fluerat.org, proasyl@proasyl.de ■

Trotz Gegenmobilisierungen unterschiedlicher Natur:

Neues Einwanderungsgesetz verabschiedet

Der neueste Gesetzentwurf zur Verschärfung des Ausländerrechts, immerhin schon der vierte innerhalb der letzten vier Jahre (nach dem Ausländergesetz „Sarkozy I“ vom November 2003, den neuen Regelungen zum Asylrecht vom Dezember 2003, und dem Ausländergesetz „Sarkozy II“ vom Juli 2006), wurde am 23. Oktober durch die beiden Kammern des französischen Parlaments definitiv verabschiedet, in der Nationalversammlung mit 282 gegen 235 Stimmen. Im Senat („Oberhaus“ des französischen Parlaments) waren es 185 gegen 136 Voten.

Die Parlamentarier der konservativen Regierungspartei UMP stimmten überwiegend für den Gesetzentwurf, auch wenn in der Nationalversammlung vier UMP-Abgeordnete mit Nein stimmten und 21 von ihnen sich der Stimmen enthielten. Die parlamentarische Opposition (KP und Grüne, die in der Nationalversammlung zusammen eine Fraktion bilden, um an die nötige Abgeordnetenzahl zum Erhalt des Fraktionsstatus heranzukommen; die französische Sozialdemokratie; die liberal-christdemokratische frühere UDF, die nun in MoDem umbenannt worden ist) votierte geschlossen dagegen. Das rechtsliberale ‚Nouveau Centre‘ (Neue Zentrum) wiederum war zutiefst gespalten. Bestehend aus jenen früheren Abgeordneten der liberal-christdemokratischen UDF, die deren Chef François Bayrou mit seinem Oppositionskurs (infolge von dessen strategischer Annäherung an die Sozialdemokratie) die Gefolgschaft verweigerten, um sich dem Regierungslager anschließen zu können, hat das ‚Neue Zentrum‘ sich bei der Abstimmung nun aufgeteilt. Zuvor hatten die Parteivorderen des Nouveau Centre zu dieser Frage die Fraktionsdisziplin aufgehoben. 10 seiner Abgeordneten in der Nationalversammlung enthielten sich zum neuen Einwanderungsgesetz der Stimme. Vier von ihnen votierten dafür, vier andere stimmten dagegen.

Besonders die geplanten DNA-Untersuchungen für Visumsbewerber, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Frankreich einreisen möchten (wir berichteten ausführlich), stoßn auch einen Teil der bürgerlichen Rechten ab. Deshalb auch sah die konservative Regierungspartei UMP mehrere ihrer eigenen Abgeordneten gegen die Vorlage stimmen, oder sich in die Enthaltung flüchten. Dabei bündeln sich die Opposition christlich motivierter Politiker (wie des „aufrichtig katholischen“ Versailler Abgeordneten Etienne Pinte, der zumindest in Fragen der Einwanderung humanistische Positionen verteidigt), vor dem Hintergrund der scharfen Ablehnung durch die christlichen Kirchen, sowie einiger Liberaler und die Widerstände von Politikern mit Migrationshintergrund.

Der Senat – das Oberhaus des französischen Parlaments – hat das geplante neue Einwanderungsgesetz bei der dortigen Lesung vom 2. bis 5. Oktober in gewissen Grenzen entschärft. Die umstrittenen Gentests etwa sollen nicht mehr sämtlichen Visumsbewerbern im Rahmen der Familienzusammenführung „angeboten“ werden können, wie es bisher vorgesehen war, sondern nur auf richterliche Anordnung hin vorgenommen werden können. (Vgl. die vorige Ausgabe der AN)

Ansonsten errichtet das neue Gesetz „zur Beherrschung/Zügelung der Einwanderung“ (Loi relatif à la maîtrise de l’immigration) vor allem neue, zusätzliche Hürden bei der Familienzusammenführung. Nunmehr werden schärfere Anforderungen an die Einkommens- sowie Wohnverhältnisse von AntragstellerInnen auf den Nachzug von Familienmitgliedern gestellt. So können Familien, die mehr als 3 Kinder aufweisen, erst ab einem Einkommen des bereits „legal“ in Frankreich lebenden Familienmitglieds in Höhe von mindestens 120 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns SMIC nachziehen. (Die Nationalversammlung hatte zunächst 133 Prozent des Mindestlohns SMIC gefordert, wobei der ursprüngliche Gesetzentwurf noch auf 100 Prozent des SMIC basierte.) So löblich es ist, dass man Personen nicht im Elend leben lassen möchte (so die theoretische, doch vorgeschobene Begründung), so sehr wird diese Absicht pervertiert, wenn man sie gegen das Recht auf familiäres Zusammenleben wendet und dadurch instrumentalisiert – statt bessere Lebensbedingungen für Alle in Frankreich einzufordern. Zumal bei der Berechnung des erforderlichen Einkommensniveaus alle Sozialleistungen, Kindergeldansprüche usw., auch wenn die Familie in Frankreich ein volles Anrecht darauf hat, nicht mit angerechnet werden dürfen.

Ähnliches gilt für die Wohnverhältnisse des „legal“ in Frankreich lebenden Familienmitglieds, die genau überprüft werden.

Diese beiden Anforderungen für den Nachzug von Familienmitgliedern sind nicht prinzipiell neu, obwohl sie nunmehr neu beziffert worden sind. Hingegen sind zwei neue Ansprüche nunmehr erstmals in der Gesetzgebung aufgetaucht: Die im Ausland lebenden Familienmitglieder müssen sich einem französischen Sprachtest unterziehen, bei denen ihre Französischkenntnisse überprüft werden. Sollten diese sich als (aus Sicht der Tester) unzureichend erweisen, so muss die betreffende Personen einen zweimonatigen Kurs durchlaufen. Nur mit dem Teilnahmeschein, der die Absolvierung dieses Unterrichts attestiert, kann ein Visumsantrag gestellt werden. Nun wird innerhalb von zwei Monaten (in einer nicht französischsprachigen Umgebung) sicherlich niemand Französisch lernen, eine weitaus bessere Voraussetzung dafür wäre die Einreise nach Frankreich. Doch geht es auch nur darum, eine bestimmte Anzahl von Antragstellern von vornherein fern zu halten – nämlich all jene, die etwa in ländlichen Zonen oder Provinzen ihres Herkunftsland leben und keinen Zugang zu entsprechenden Sprachzentren haben, die i.d.R. in den Hauptstädten oder urbanen Zentren angesiedelt sind. Auch soll die „Kenntnis und Verinnerlichung der Werte der Republik“ bei den Antragstellern überprüft werden. Ein Konzept, das schwammig genug ist, um bürokratischer Willkür neue Spielräume zu öffnen.

Die Grundphilosophie des Gesetzentwurfs besteht letztendlich einfach darin, dass aus Sicht der Regierung „zu viele Einwanderer“ aufgrund von Familienbeziehungen (und unter Geltendmachung eines durch nationale Gesetze und internationale Abkommen garantierten Rechts) nach Frankreich kommen – und „zu wenige“, weil sie berufliche Qualifikationen mitbringen, die Frankreich speziell interessieren. Erklärte Absicht der Regierung ist es, die Proportionen zwischen beiden umzukehren.

Bernhard Schmid, Paris ■

Stein des Anstoßes in Frankreich, Schweigen in Deutschland: Die umstrittenen DNA-Untersuchungen

Nicht genügend unterstrichen wurde in der *deutschen* Berichterstattung über die diesbezügliche Auseinandersetzung, dass in der BRD solche Gentests längst (ohne eigene gesetzliche Grundlage!) durchgeführt werden. Und zwar insbesondere, um das Recht auf den Nachzug der Familienmitglieder von Asylbewerber/inne/n zu klären. Auch hier handelt es sich um einen echten Skandal – nur, dass er im Gegensatz zu Frankreich kaum in der Öffentlichkeit debattiert und nicht durch Intellektuelle oder politische Oppositionelle angegriffen wird. Vgl. dazu ausführlich: http://www.fr-online.de/top_news/ ?sid=ef1ca0043d75d074816 af354be7bf15c&em_cnt=1230098 und http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?sid=a096944 3c 0b30356a5c551cdc87e000c&em_cnt=1230052

Und die französische Öffentlichkeit?

Diese ist gespalten. Während die öffentliche Meinung sich zum überwiegenden Rest des neuen Einwanderungsgesetzes (das freilich nicht als rassistische Ausschlussregelung, sondern als „der Förderung einer besseren Integration dienlich“ präsentiert wird) eher zustimmend verhält, steht ihre Haltung zu den Gentests auf der Kippe. Zunächst fielen, im September, die befürwortenden (47 %) und die ablehnenden Stimmen ungefähr gleich stark aus. Aber, wie so oft, kommt es stark darauf an, wie die Frage formuliert wird. Anfang Oktober ergab eine Umfrage des Instituts IFOP, das die konservative Tageszeitung ‚Le Figaro’ in Auftrag gegeben hatte, unterdessen 56 % Zustimmung auch zu den DNA-Proben – wie es der ‚Figaro’ sofort triumphierend von der Titelseite herab verkündete. Zu Anfang der (vor)letzten Oktoberwoche ergab eine erneute Umfrage des Instituts jedoch, dass inzwischen (nach der Polemik) die Zustimmung wieder auf 49 Prozent – in der Gruppe der rund 1.000 Befragten – gesunken ist. Sicherlich dürfte es zutreffen, dass die öffentliche Meinung in dieser Frage hin- und hergerissen ist, und von der an diesem Punkt zeitweise heftigen Debatte auch beeinflusst wurde.



In Mannheim warben am 13. Oktober die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Mannheim, Friedensplenum Mannheim, der Heidelberger Friedensratschlag und die Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden (Büro Heidelberg) mit einer Aktion vor der Mannheimer Mercedes-Niederlassung.

„Wir kaufen keinen Mercedes: Boykottiert Streumunition!"

Alle kennen sie, die A-, B-, C- oder E-Klasse-Fahrzeuge von Mercedes. Mit dem Stern verbinden Menschen weltweit den „Mythos Mercedes". Doch nur wenige wissen, dass der Hersteller dieser Autos – die Daimler AG – über ihre Unternehmensbeteiligungen zugleich Deutschlands größter Rüstungsproduzent und -exporteur ist. Mit der 15-prozentigen Beteiligung am Rüstungskonzern European Aeronautics Defence and Space Company (EADS) und weiteren Firmenbeteiligungen ist Daimler in die Produktion von Kampfbombern, Militärhelikoptern, Trägersystemen für Atomwaffen und Streumunition bzw. Raketenwerfern für Streumunition verwickelt.

Daimler/EADS ist zu 37,5 Prozent an dem Rüstungsunternehmen MBDA beteiligt, welches Raketenwerfer vom Typ MLRS (Multiple Launch Rocket System) sowie deren Streumunitionsraketen herstellt. MLRS-Lenkraketen und die weiterentwickelten GLMRS-Lenkraketen werden im Rahmen eines Kooperationsprogramms der Rüstungskonzerne Lockheed Martin, Diehl und Daimler/EADS/MBDA in hoher Stückzahl gefertigt. Eine Salve des Streumunitionswerfers GLMRS, dessen Munition aus rund 8000 Mini-Bomben besteht, reicht aus, um Zivilisten wie Soldaten in einem Gebiet von bis zu einem Quadratkilometer durchsieben zu können.

Dabei verfügen die Militärs über einen weitaus besseren Schutz als wehrlose Frauen, Kinder und alte Menschen, die sich auf der Flucht befinden. Die beispielsweise im Jahr 2006 von der israelischen Armee im Krieg mit dem Libanon eingesetzte MLRS-Streumunition besitzt eine Wirkung, die mit der von Landminen vergleichbar ist. Wegen der äußerst hohen Anzahl von Blindgängern, die bei bis zu vierzig Prozent der abgeschossen Raketen liegen kann, werden ganze Landstriche mit Streumunition verseucht.

Die Kritischen AktionärInnen DaimlerChrysler (KADC), die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Ohne Rüstung Leben (ORL), das RüstungsInformationsBüros (RIB) und die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden haben die Kampagne „Wir kaufen keinen Mercedes: Boykottiert Streumunition!" gestartet. Mit der Aktion wird um Unterstützung für diese den an Daimler-Vorstand gerichteten Forderungen geworben:

- **Ausstieg aus der Streumunition!**
- **Räumgeräte statt Raketenwerfer!**
- **Einrichtung eines Fonds für die Opfer von Streumunition!**

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Umstritten sind nur noch Personalia

Darf die BdV-Präsidentin Mitglied der beratenden Gremien werden, die das künftige Berliner „Zentrum gegen Vertreibungen" erhalten wird? Erika Steinbach plädiert selbstverständlich dafür. Dagegen hat sich jedoch der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, ausgesprochen. Thierse weiß: Steinbach ist in Polen als Revanchistin verschrieen, sie wäre als Funktionärin des Zentrums außenpolitisch eine offene Provokation. Selbstverständlich, sagt der Sozialdemokrat, darf der Bund der Vertriebenen (BdV) in Kuratorium und Beirat „jemanden entsenden. Doch das sollte eben nicht Frau Steinbach sein".

Abgesehen von den Personalia ist inzwischen alles unter Dach und Fach. Das „Zentrum gegen Vertreibungen" wird einen neuen Namen bekommen - aus demselben Grund, aus dem Erika Steinbach nicht Mitglied in seinen Gremien werden soll. Es wird in der Hauptstadt in staatlicher Trägerschaft errichtet, unter dem Dach des bundeseigenen Deutschen Historischen Museums; allein im kommenden Jahr stehen dafür Steuermittel in Höhe von 1,2 Millionen Euro zur Verfügung. Kern des „Zentrums" wird die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration" aus dem Bonner „Haus der Geschichte", die sich in keinem einzigen wesentlichen Aspekt von dem BdV-Projekt „Erzwungene Wege" unterscheidet.

Damit setzt die Bundesregierung den Schlusspunkt unter eine jahrelange Diskussion, die eigentlich gar keine war. Bereits im Mai 2002, als der Bundestag über das geplante „Zentrum" beriet und die damaligen Regierungsparteien sich mit einer angeblichen Alternative („Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen") von dem BdV-Projekt („Zentrum gegen Vertreibungen") abzusetzen suchten, hatte der heutige Präsident des deutschen Bundestages, Norbert Lammert, angesichts der rot-grünen Distanzierungsversuche entnervt mit den Schultern gezuckt. „So viel Übereinstimmung gab es selten", analysierte Lammert die beiden angeblich unterschiedlichen Konzepte von BdV und Rot-Grün: „Wir müssen geradezu nach Meinungsverschiedenheiten suchen, eine Verlegenheit, in die wir ja bei Debatten des Deutschen Bundestages vergleichsweise selten kommen." Lammert lag völlig richtig. Ohne dass BdV oder SPD sich inhaltlich von ihren Vorschlägen entfernen mussten, wird heute – wie eigentlich von Beginn an – nur noch um einen einzigen Punkt gestritten: Um Personalia.

jk ■

Herman, Elsässer und Eliten

Junge Freiheit Nr. 43 vom 19. Oktober 2007

Das Blatt bewundert die Fernsehmoderatorin Eva Herman bereits seit Veröffentlichung ihres ersten Buches, passt die Rolle Kinder, Küche, Kirche doch in den rechten und nationalistischen Wertekomplex des Blattes. Ihr Abgang in der Talkshow von Johannes B. Kerner ruft denn auch die Empörung aller Nationalisten auf den Plan. Ihr Fall sei vergleichbar mit dem des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann: „Jeden kann es treffen – jederzeit. Prominenz ist kein Schutz. Wer dem Zeitgeist in die Quere kommt, mit dem wird kurzer Prozess gemacht. Egal, ob der Delinquent vorher beliebteste Fernsehmoderatorin Deutschlands und immer korrekt gegen Rechtsextremismus usw. war oder CDU-Direktkandidat mit Rekordergebnis – das Standgerichtsurteil steht von vornherein fest: Medien-Tod durch totale Ausgrenzung.“ Dass Frau Herman und Herr Hohmann bislang noch immer Verleger für ihre Bücher und auch Käufer gefunden haben, interessiert das Blatt nicht. Für das Blatt ist die Verharmlosung des Nationalsozialismus Programm und es propagiert alle, die sich daran beteiligen.

Jürgen Elsässer, Journalist, der u.a. für die Junge Welt und den Freitag schreibt, hat im Frühjahr dieses Jahres ein Buch mit dem Titel „Angriff der Heuschrecken, Zerstörung der Nationen und globaler Krieg“ herausgebracht. Nun referierte er vor der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg, ein Verein, der sich die „geistige Erneuerung Deutschlands“ auf die Fahnen geschrieben hat, worunter weniger die Erneuerung als das Zurück zu preußischen (Militär-)Traditionen und Wertvorstellungen zu verstehen ist. Zufrieden bemerkt das Blatt: „Dass beide einmal zusammenkommen, schien undenkbar.“ und weiter: „Angesichts der auch in seinem Buch … genannten Gefahren warb der linksnationale Elsässer bei den Altkonservativen für ein Bündnis von ‚Lafontaine bis Gauweiler‘ – das sei wichtiger als Gender-Mainstreaming und der Einsatz für die ‚Transsexuellen in der Mongolei‘. … Als ‚Linker von altem Schrot und Korn‘ forderte er angesichts der aggressiven US-Finanzindustrie eine ‚Re-Nationalisierung‘: um die ‚heimischen Arbeitskräfte‘ zu schützen und die demokratische ‚Staatskontrolle der Schlüsselindustrien‘ wiederzuerlangen.“ Es ist zu befürchten, dass diese Position auch in die Programmdebatte der LINKEN eingebracht werden soll.

Dieter Stein, Chefredakteur des Blattes, verteidigt die Klassenspaltung im Bildungswesen und fordert ihre Befestigung: „Es ist eine uralte Klage, dass Kinder aus ‚besserem Hause‘ auch bessere Chancen in ihrer Schullaufbahn haben. Warum sollte das eigentlich anders sein? Es ist eine Kulturleistung eines Volkes, gebildete, leistungsstarke, intakte Familienstrukturen hervorzubringen … Die Rückbesinnung auf bewährte Standards in allen Schulformen ist das Gebot der Stunde.“ Dass die Klage uralt ist, gilt zumindest nicht für die Bundesrepublik – sie taucht immer dann auf, wenn der Bedarf der Unternehmen nach qualifizierter Arbeitskraft nicht mehr spontan vom Markt gedeckt wird und die Konkurrenz unter diesen Arbeitskräften abnimmt. Dass aber die Spaltung in schlecht- und kaum gebildete und gut gebildete Arbeitskräfte sich am Ende bar auszahlt für die gut ausgebildeten, verschweigt Dieter Stein vornehm – denn nach seiner Meinung kommt der „gesellschaftliche Aufstieg“ durch „Willen zur Leistung und Eigeninitiative“ zustande. *uld* ■

Ent-Tabuisierung der Nazi-Herrschaft

Junge Freiheit Nr. 44/07 vom 26.10.2007

Das Buch „Brief an einen jüdischen Freund“ des Italieners Sergio Romano ist inzwischen in Deutsch erschienen und das Blatt hofft auf eine neue Debatte: „Romanos Buch trifft auch in Deutschland den Zentralnerv. In der aktuellen Ausgabe des Merkur hat der Althistoriker Flaig einen zornigen Aufsatz über das Unvergleichbarkeits-Dogma veröffentlicht … Flaigs Wutausbruch zeigt, dass die Demütigung und der Selbstekel, in die frei denkende Menschen durch das Dogma und seine Propagandisten getrieben werden, einen Grad erreicht haben, der nur noch zwei Alternativen zulässt: entweder die politische, moralische und intellektuelle Selbstabschaffung oder die beherzte Abschaffung des auferlegten Tabus! Romanos Buch bietet das allgemein verständliche Rüstzeug für die zweite Möglichkeit.“ Es wird der erneute Versuch unternommen, die Naziherrschaft zu relativieren und zu verharmlosen. *uld* ■

„Bitterer Abschied“ von Mölzer

Dieter Stein, Chefredakteur der JF, hat die Gründe für seinen Bruch mit FPÖ-MEP Andreas Mölzer nun ausführlich dargelegt. Die Aufkündigung der Kooperation mit „Zur Zeit“ sei nicht aus heiterem Himmel erfolgt, sondern habe sich schon angekündigt. Mölzers „Emissäre“ seien im Frühsommer dieses Jahres in ganz Deutschland unterwegs gewesen, um für die „Einbeziehung der rechtsextremen NPD“ in die erhoffte neue Partei zu werben. Noch im August habe Stein dem FPÖ-Politiker bei einem Besuch in Kärnten versucht darzulegen, „weshalb die NPD für die Frage einer seriösen rechtsdemokratischen Alternative in Deutschland vollkommen indiskutabel ist, dass diese Partei nicht angeblich, sondern tatsächlich programmatisch und in ihrem Führungspersonal ungebrochen beim Dritten Reich anschließt“. Auch hätte er Mölzer „gewarnt, dass die Kooperation der JF mit der ZZ und ihm automatisch zur Disposition stünde, wenn er sich zum Geburtshelfer einer Liaison mit der NPD mache“. (Junge Freiheit 41/2007) In einem weiteren Text bezeichnet Stein die NS-Verbrechen als „Wegscheide“, insbesondere für die „demokratische Rechte“, und das Treffen in Straßburg als „Skandal“, der „einem Dammbruch gleichkommt“. Mölzers Antwort auf die Kritik aus Berlin fiel erwartungsgemäß aus: Es handle sich dabei nur um „hysterische Reaktionen“, eine Polemik, „wie sie übler von linken Hetzblättern nicht hätte erfolgen können“ und um einen „pflichtantifaschistischen Amoklauf“ von Stein. (Zur Zeit 41/2007). *www.doew.at* ■